

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Verbindungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 stelle oder deren Raum 40 Pf. für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inhaber
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 3. Februar 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Unternehmerkampf für Freiheit und Moral.

Die planmäßig angelegte und lang verfolgte Aktion der Unternehmer gegen die Arbeiterkoalitionen, aus der die Blüthe des Posadowsky'schen Rundschreibens entsprossen ist, und die als Frucht weitere Ausnahmegesetze gegen Arbeiter tragen soll, dient nach der Meinung des Herrn Staatssekretärs der „Freiheit der Arbeit“. Das die Unternehmer das behaupten, ist natürlich, es handelt sich eben um die Freiheit, die sie meinen, und das die Bureaucratie ihnen das glaubt, wundern uns auch nicht allzu sehr. Der Begriff der Freiheit gleicht einer spröden Schönen, er läßt sich nicht so ohne weiteres von jedem trocknen Juristengehirne fassen und begreifen; er entschleierte sich nur dem, der die Freiheit mit Gemüth und Leidenschaft zu verstehen sucht, aber nicht dem, der einen inneren Widerwillen gegen sie im Herzen trägt. Deshalb mag es unseren Beamtenkreisen verziehen werden, wenn sie nicht merken, wie unendlich komisch es wirkt, daß die Hochherde des Herrn v. Stumm den Garten der Freiheit zu hüten vorgiebt.

Wenn Gewaltakte bei Streiks vorkommen, so verwerfen auch wir sie entschieden; nicht etwa bloß aus dem neulich schon erwähnten Grunde, weil sie der Sache der Arbeiter mehr schaden als nützen, sondern hauptsächlich, weil sie Gewaltthätigkeiten gegen Menschen sind! Wir müssen aber energisch dagegen Verwahrung einlegen, daß gerade die Gesellschaftsschichten, in denen die Quelle zu Hause sind und wo man für prägelnde Beamte äußerster milde Strafen und tausend Entschuldigungsgründe übrig hat, berechtigt wären, sich besonders über die geringfügigen Notheiten aufzuregen, die bei Streiks vorkommen.

Man muß doch die näheren Umstände solcher Fälle berücksichtigen: häufig sind die Thäter junge Burischen, die sich noch nicht die nötige Charakterbildung angeeignet haben, um sich in der Aufregung stets zügeln zu können; den meisten Arbeitern aber, auch den älteren, fehlt dank unserem ganz vormärzlichen Volksschulwesen die formelle Bildung, kraft deren sie im Stande sein würden, die Ausdrücke ihres Unwillens so zu dämpfen, daß die verwöhnten Ohren der bestehenden Schichten keinen Anstoß daran nehmen könnten.

Dieses Entsetzen über die rauheren Lebensformen, in denen sich bei Arbeitern der Meinungsaustrausch vollzieht, ist eine ganz besondere Schwäche, der die herrschende Bureaucratie auch da zu verfallen pflegt, wo sie wirklich unparteiisch den Arbeitern gegenüberzustehen glaubt. Mit zunehmender Bildung wird sich von selbst größere Forderungswandtheit unter den Arbeitern verbreiten, und wir wünschen dies schon deshalb, weil es den Verkehr unter den Menschen erleichtert. Im übrigen ist es für einen, der von Rindheit an darauf erzogen worden ist, weder eine Kunst noch ein Verdienst, sich so anzudrücken, daß er nicht dem Strafgesetze verfällt. Einen sittlichen Werth dagegen hat die geschwiegene Höflichkeit absolut nicht; es kann sich in ihr zehnmal mehr gehässige Gefinnung, es kann sich die böseste Drohung und die entschiedenste Absicht, die Freiheit des anderen zu beeinträchtigen, ebenso offenkundig darin aussprechen, als in den derben Worten eines Arbeiters oder ein paar gelegentlichen Pöffen.

Wie wir schon neulich auseinandersetzen, giebt es eine große Menge von Handlungen, die weder Gewaltthätigkeiten noch grobe Worte sind, und gegen die das Gesetz doch strenge Strafen verhängt, weil sie einen, wenn auch in der Form ganz korrekten Zwang zur Koalition enthalten. Ueber diesen Zwang entziehen sich nun die kapitalistischen Freiheitsfreunde so grenzenlos, daß ihnen die bisherigen Strafgesetze nicht genügen, freilich bloß wenn er von koalirten Arbeitern gegen nicht koalirte geübt wird. Daß sie selber gegen ihre Arbeiter, koalirte und nicht koalirte, fortwährend den ärgsten Zwang ausüben, finden sie ganz in der Ordnung. Sie halten es für ihr natürliches Recht, ihrem Arbeiter vorzuschreiben, wie er wählen, wie er seine freie Zeit zubringen, welche Zeitung er lesen solle, und schenken sich nicht, zu drohen, daß sie jeden brotlos machen würden, der ihnen darin zuwiderhandelt. Sie gründen sogenannte Arbeitsnachweise, hauptsächlich zu dem Zwecke, den Zwang gegen ihre Arbeiter recht wirkungsvoll auszuüben. Der Arbeitsnachweis der Metallindustriellen in Berlin verweigert jedem Arbeiter den Schein, der von einem Orte kommt, wo gestreikt wird oder gegen dessen Anstellung seine früheren Brotherrn Widerspruch erhoben haben; aber er lehnt jede Prüfung darüber ab, ob dieser Einspruch selbst von ihrem unduldigen Standpunkte aus berechtigt war oder nicht. So ist jeder auf Gnade und Ungnade abhängig von seinem früheren Prinzipal, und selbst wer durch irrtige oder gar verleumdende Angaben auf die schwarze Liste gekommen ist, hat keinerlei Rechtsmittel gegen die Aussperrung. Als kürzlich einer der Streikbrecher des Formestreibs einige Ohrfeigen bekommen hatte, drohte derselbe Arbeitsnachweis, keinem der in derselben Werkstatt beschäftigten Leute wieder einen Schein zu geben, wenn nicht einer unter ihnen den Thäter verriethe; dabei hatte der Verlethte selbst nicht einmal Strafantrag gestellt.

Die Unternehmerkoalitionen gehen aber mit solchen Zwangsmitteln nicht nur gegen die Arbeiter, sondern auch gegen ihre

eigenen Unternehmerkollegen vor. Die Mitglieder der Unternehmerverbände müssen sich bei hoher Konventionalstrafe verpflichten, keinen Arbeiter, der auf der schwarzen Liste steht, anzunehmen, und ihn auf Verlangen sofort zu entlassen, wenn es doch geschehen sein sollte. Die Gesetzesbestimmung, daß solche Verabredungen nicht klagbar seien, wird durch Hintertreibung von Wechsellern umgangen; wird ein solcher Wechsel weiter gegeben, so ist der Einwand, der Wechsel habe eine nicht klagbare Verpflichtung bedeu sollen, ausgeschlossen. Dadurch üben die Unternehmer auf jeden der Ihrigen einen stärkeren Zwang aus, als wenn ein Arbeiter einen andern mit Prügelein bedroht, falls er vom Streik abfällt. Das ist auch der Grund, weshalb der § 153 der Gewerbe-Ordnung in der Praxis so gut wie ausschließlich gegen die Arbeiter wirkt. Die Unternehmer haben es nicht nötig, mit ausdrücklichen Worten zu drohen. Die zarte Aufforderung, den und den binnen 14 Tagen zu entlassen, enthält ohne weiteres einen deutlichen Hinweis auf den deponirten Wechsel und auf alles, was daraus folgen kann. Der Zwang wird erreicht, und der Verstoß gegen das Strafgesetz ist vermieden. Dabei kommt es den Arbeitgebern noch zu gute, daß ihre kleine Zahl viel leichter zu vereinigen ist, als die in vielen Werkstätten und Wohnungen verstreute Masse von Arbeitern.

Aus allen diesen Gründen sind die Koalitionen der Arbeitgeber gerade so fest wie die der Arbeiter, und sie beschränken die Freiheit anderer, Arbeiter sowohl als Kapitalisten, in viel stärkerem Maße, als diese. Daß trotzdem die Unternehmerklasse sich vor Entrüstung nicht lassen kann, wenn die Arbeiter dieselbe Solidarität beweisen, die bei ihr so stark entwickelt ist, kann uns nicht weiter wundern, nach den Proben, die diese Kreise täglich von ihrem Gerechtigkeitsgefühl und ihrer Einsicht in die Lehren der Geschichte und Oekonomie geben.

Befremdlicher aber ist es, daß auch andere Leute in dasselbe Horn stoßen, von denen man annehmen möchte, daß sie den Kapitalisteninteressen als solchen fern stehen. Am wenigsten ziemt es unserer Meinung nach den Beamten, bei denen von Jugend auf der Korpsgeist im höchsten Grade ausgebildet wird, und deren ganzes Leben unter einem zwingenden Einflusse steht, sich zu entrüsten, wenn Arbeiter in den Formen, die ihren Lebensverhältnissen entsprechen, den gleichen Korpsgeist betheiligen. Der Verwurf, den einem Offizier droht, falls er die Standesinteressen verleihe, ist für ihn ungleich rührender, als wenn ein Arbeiter von seinen Kollegen „Streikbrecher“ genannt wird, und kein Mensch findet in dem ungeheuren moralischen Zwange, den dabei die Gesamtheit auf den einzelnen ausübt, etwas Anstößiges. Diese Kreise der Beamten und Offiziere haben denn auch volles Verständnis für die Unternehmerkoalitionen gegen Arbeiter. Beim Bierboikott begeisterten sie sich förmlich für das Schultheiß-Bier, und man konnte von ihnen genug verächtliche Worte gegen die Verräther hören, deren Bier damals nicht gebolletet war. Ja beim Gasarbeiter-Streik in Hamburg wurden die Unternehmer von allerhöchster Stelle aus aufgefordert zum Zusammenschlusse gegen die Arbeiter. Wenn aber Arbeiter denselben Appell an die Standesehre ihrer Kollegen ertönen lassen, dann ist das nach § 153 der Gewerbe-Ordnung strafbar, und der Staatssekretär Posadowsky fühlt sich berufen, zum Schutze der gefährdeten Freiheit und Sitte in die Schranken zu treten.

Moralisch liegt die Sache ganz einfach: Wer sich von den Genossen seines Berufs bei der Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen oder sittlichen Interessen trennt, ist ihnen gegenüber von vornherein immer im Unrecht. Nur durch den Nachweis, daß ihn eine tiefere sittliche, völlig uneigennütige Ueberzeugung, daß ihn eine höher stehende Pflicht gezwungen habe, bei Seite zu treten, kann er sich von dem anhängenden Makel reinigen. Bei den Streikbrechern ist das im allgemeinen nicht der Fall; die Rücksicht auf die „hungernde Familie“ giebt ihnen so wenig ein Recht, ihre Klassenpflicht zu vernachlässigen, wie sie jemanden berechtigt, Wechsel zu fälschen, höchstens ist sie ein Milderungsmoment. Wer aber den Genossen in den Rücken fällt, um für sich auf Kosten der energischen und opferwilligen Elemente besondere Vortheile einzubeimsen, der ist ein Ehrloser und verfällt mit recht der allgemeinen Verachtung. Das wird in jedem Berufs anerkannt, warum soll es bei den Arbeitern nicht gelten? —

In wirtschaftlicher Hinsicht kommt aber noch dazu, daß die Koalition für den Arbeiter überhaupt die einzige Form ist, in der er seine Einzelinteressen kräftig vertreten und sich seine Klasse heben kann.

Deshalb müßte bei den meisten der kleinen Ausschreitungen, die bei solchen Gelegenheiten vorkommen, ein Straf-milderungsgrund darin gesehen werden, daß der Thäter die allgemeinen Interessen vertrat, der verleihte Streikbrecher aber die Standesinteressen und die Standesehre größlich verletzte. Aus diesem Grunde muß ein geändertes Rechts- und Ehrgefühl nicht nur die von den Unternehmern geplanten neuen Anzeigengesetze ablehnen, sondern auch unserer Forderung beistimmen, daß § 153 der Gewerbe-Ordnung ganz aufzuheben ist. Zur Belämpfung wirklicher Notheiten sind die allgemeinen Strafgesetze mehr wie ausreichend, und der Paragraph wirkt nur als Ausnahmegesetz gegen anständige Gesinnung.

Politische Uebersicht.

Berlin, 2. Februar.

Die konservative Partei hat nun in Dresden getagt, sie hat von sich viel Schönes erzählt, so z. B. daß sie Thron und Altar stütze, daß sie das einzige Bollwerk gegen die Sozialdemokratie sei. Wieder wurde erklärt, daß die Sozialdemokratie kein Recht an der Gesetzgebung habe. Die Abkehr von der Sozialpolitik wurde der Wahlen wegen ein wenig, wenn auch recht ungeschickt verhüllt. Ganz vorsichtig wurde gewarnt vor kleinen Parteibildungen, wobei man wohl an die um Liebermann und Blöb denken darf. Aber die Hauptsache war vom ersten Worte der Eröffnungsrede der komischen Figur des Hofrathes Mehnert bis zur Abstimmung der letzten Resolution: der Kampf gegen die Sozialdemokratie und zwar der Kampf mit allen Mitteln, selbst mit denen der Lüge, Verleumdung und Verdächtigung.

Die Wahlparole der Konservativen ist nun gegeben: „Der Kampf gegen die Sozialdemokratie“. In dieser Parole steckt mehr als der Kampf gegen eine tödtlich gehäßte Partei, in dieser Parole steckt der Kampf gegen die Volksherrschaft, gegen die Rechtsgleichheit, gegen die politischen und wirtschaftlichen Interessen der großen Massen, gegen die Städte; diese Parole enthält den Ruf nach Reaktion auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, nach Vereinerung der Grundbesitzer zum Schaden der Konsumenten, nach Arbeiter-erück, nach Schutz der Unternehmer gegen Arbeiterschutz und Arbeiterkoalitionen. Auch die Forderung der Verkürzung der Schule, der Umkehr der Wissenschaft ist für die Konservativen in dem Rufe: „Nieder mit den Sozialdemokraten!“ mitenthalten.

Und so muß dieser Schlachtruf für die großen Wahlkämpfe dieses Jahres nicht bloß den sozialdemokratischen Arbeiter, sondern jeden Proletarier und jeden Gegner der Reaktion auf politischem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiete anstimmen.

Es gilt mehr als die Abwehr eines Angriffes auf unsere Partei, es gilt den Kampf gegen die egoistischsten und rücksichtslosesten Volksfeinde, gegen die Brotvertheuerer, Junker und Aender.

Wenn das deutsche Volk sich klar wird über die Gefahren, die von dieser gemeingefährlichen Sippe drohen, dann wird der konservative Partei bei den nächsten Wahlen das Schicksal bereitet, das sie verdient, dann holt sie sich trotz aller halb-, dreiviertel- und ganzamtlichen Förderung, trotz der vollen Krassen eine vernichtende Niederlage. —

Die Unverschämtheit der Agrarier ist in Deutschland sprichwörtlich geworden, aber sie verdient es auch. Es giebt kaum eine anmaßendere Menschenklasse als diese biedereren, Kartoffelschnapsbrennenden „Bauern“, die den Staat lediglich als milchende Kuh betrachten, um nichts weiter besorgt sind, als sich Viebesgaben zuzuschaffen und die übrigen Bevölkerungsklassen sich dienstbar machen zu lassen. — Man über. Die Brandenburgische Landwirtschaftskammer hielt jüngst in Berlin unter dem Vorsth des Herrn von Arnim auf Gütberg ihre Jahresversammlung ab. Auch die Regierung und das Regierungspräsidium waren vertreten. Aus den Verhandlungen entnehmen wir einem Bericht die folgenden Mittheilungen:

Weglich der Arbeiterfrage betonte der Vorsthende die immer stärker hervortretende Nothwendigkeit, die russischen Arbeiter, die gar nicht zu entbehren seien, dauernd hier zu behalten. Andererseits wurde noch erinnert, daß die Herren der Regierung über die ländliche Arbeiterfrage ungenügend unterrichtet seien; empfohlen wurde die Gründung eines allgemeinen Arbeiterverbandes, dessen Mitglieder sich verpflichten, nur ordnungsmäßig entlassene Arbeiter einzustellen. Auch die Befreiung der Freizügigkeit wurde als ein Mittel zur Hebung der Arbeiternoth bezeichnet. Scharf sprach man sich auch gegen den „Humanitätsdusel“ in den Städten aus. Durch die Pläne des Reiches und dergleichen würden die Leute geradezu nach den Städten gelockt. Besondere Beschlüsse wurden nach dieser Richtung nicht gefaßt. Ferner beschloß die Kammer, bei der Staatsregierung zu beantragen, die aus Staatsmitteln bewilligte Unterstützung für Pferdezucht zweck um 10 000 M. die für Rindviehzucht um 12 000 M. und die für Schweinezucht zweck um 5000 M. zu erhöhen. Außerdem soll der Landwirtschaftsminister ersucht werden, für Förderung der Fischzucht 2500 M. zu bewilligen.

Einfuhr russischer Arbeiter, Abschaffung der Freizügigkeit, Befreiung des „Humanitätsdusels“ und Erhöhung der baren Geldunterstützungen für die Agrarier — das ist die Politik dieser uralten Säulen von Thron und Altar. —

Deutschland in Schantung. Aus Shanghai meldet das „Bureau Dalziel“, China habe einer deutsch-chinesischen Aktien-Gesellschaft den Bahnbau von Kiaotschau nach Tsinansu, der Hauptstadt der Provinz Schantung, übertragen. Die Bahnbau-rechte bis zu drei Meilen auf jeder Seite der Bahn würden den Deutschen gehören. Dies Arrangement soll durch Austausch diplomatischer Noten fixirt werden. Der chinesische Gouverneur hat Reich den Kammerer seiner Provinz, zum Begleiter des Prinzen Heinrich bestimmt.

Die bezeichneten Eisenbahnkonzessionen sollen nach einer Meldung des „Bureau Hunter“ aus Peking als Sühne für die Ermordung des Matrosen Schütz gelten.

Um China. England, so scheint es nach den hiesigen Nachrichten, weicht vor Rußland zurück. Die „Times“ berichten, die Forderung Englands auf die Eröffnung Tientsinwan's als Freihafen sei zurückgezogen und England habe nichts gegen die Aufnahme einer russisch-deutschen Anleihe von 100 Millionen Rubel für China einzuwenden, da die Er-

haltung des Friedens das wichtigste für England und seine Handelsinteressen sei.

Verhängen sich diese Mittheilungen, so bedeuten sie eine vollständige Niederlage der englischen Politik in Peking. Der Verzicht auf Tientsin als Freihafen erschien, wie die Verhältnisse sich nun einmal gestaltet haben, nicht allzu schlimm, da diese Forderung von England von Anfang an wohl hauptsächlich auf das Abhandelnlassen berechnet war und England sich mit der Thatsache abfinden muß, daß Nord-China der russischen Macht völlig anheimfallen wird. Aber der Verzicht auf die Befestigung der neuen Anleihe würde weit mehr bedeuten, würde ein Zurückdrängen Englands und einen außerordentlichen Zuwachs des russischen Einflusses in ganz China in sich schließen. Jedoch erscheint uns diese Mittheilung der „Times“, die auf einer Meldung aus Petersburg beruht, noch sehr unwahrscheinlich. Wir können auch nicht recht glauben, daß Deutschland einen so ganz außerordentlichen Machtzuwachs Russlands ohne jede Veranlassung und Dringlichkeit befürchten haben sollte.

Unterdessen richtet sich Russland im nördlichen China häuslich ein. Aus Petersburg wird berichtet, daß die chinesische Ostbahn mit dem russischen Eisenbahnnetz durch zwei Linien verbunden werden soll. Die erste Linie soll von der Station Duon der Transbaikalbahn 440 Werst weit, die zweite von der Station Nicolajew der Ussuribahn 95 Werst weit bis an die Ostgrenze der Mandchurei führen.

Andererseits läßt es nicht aus, daß die Aussenherrschaft unangenehm empfunden wird und Konflikte entstehen; so soll sich jetzt, wie dem „Standard“ telegraphirt wird, der Kaiser von Korea geweigert haben, in der russischen Gesandtschaft Wohnung zu nehmen. Auch sei eine Ministerkrise eingetreten; der Minister des Aeußern, der russische Neigungen hege, habe seine Entlassung genommen. Die Tragweite dieser Angelegenheit läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen.

Während Russland so vordringt und seine Position am Silken Ocean mächtig befestigt, hat England Mühe, seine bisherige Stellung zu erhalten. Und in England selbst kommt eine sehr resquiritte Stimmung zum Ausbruch. Bitchard Morgan, Mitglied des Unterhauses, hat vor seinen Wählern in Aberdare Gedanken ausgesprochen, die wenn sie sich in England verbreiten, zu einer völligen Aenderung der englischen Politik gegenüber Russland führen müßten, die aber jedenfalls zeigen, wie selbst in England die Meinung von der Unauhaltbarkeit des russischen Vormarsches nun sich greift. Morgan sagte, indem er die Chinafrage und die türkische Frage in Verbindung brachte:

„China sei groß genug für alle. Von einem heutzutage glücklicherweise fast verschwundenen Vorurtheil abgesehen, sei kein Grund vorhanden, der England hindere, die gegenwärtige Gelegenheit, zu einem Einvernehmen mit Russland zu gelangen, zu benutzen. Es sei der Tag gekommen, die alte Opposition gegen die natürliche Entwicklung Russlands nach der Seite von Konstantinopel aufzugeben. Wenn England mit Russland zu einem Einvernehmen betreffend die Einflusssphären in China gelangen könne, würde die Frage betreffend ganz Asien leicht gelöst sein und England hätte für den Weltfrieden mehr getan, als es irgend in anderer Richtung thun könnte. Dies sei eine Politik großer Staatsmänner. Die öffentliche Meinung Englands sei reif für dieses Einvernehmen und es erübrige nur, daß die Regierung die Gelegenheit ergreife.“

Deutsches Reich.

Die Uebersendung von Liquidationen an die Gemeinden im Uebersehwammungsgebiet seitens derjenigen Truppentheile, die Kommandos zu Auftragsarbeiten entsandt haben, ist in jüngster Zeit mehrfach in der Presse angefaßt. Es sei der Tag gekommen, die alte Opposition gegen die natürliche Entwicklung Russlands nach der Seite von Konstantinopel aufzugeben. Wenn England mit Russland zu einem Einvernehmen betreffend die Einflusssphären in China gelangen könne, würde die Frage betreffend ganz Asien leicht gelöst sein und England hätte für den Weltfrieden mehr getan, als es irgend in anderer Richtung thun könnte. Dies sei eine Politik großer Staatsmänner. Die öffentliche Meinung Englands sei reif für dieses Einvernehmen und es erübrige nur, daß die Regierung die Gelegenheit ergreife.

Gegen die lex Trons wenden sich in einer würdig gehaltenen Petition an das Abgeordnetenhaus 41 ordentliche Professoren aller Fakultäten der Berliner Universität. Die Professoren wünschen den bisherigen Zustand aufrecht erhalten zu sehen, wonach der Ausschluß von der Lehrtätigkeit weder von der betreffenden Fakultät noch von dem Minister allein verhängt werden kann, sondern nur bei Uebereinstimmung beider möglich ist. Uebersetzung der Ausschließungsbesugnis auf den Disziplinarrath und das Staatsministerium schließt die Vertretung der Wissenschaft bei solchen Vorgängen aus und öffnet, wenn nicht der Gefinnungsverfolgung selbst, so doch mindestens dem Anschein einer solchen die Thore. Unter den Unterzeichnern steht Wichow, während andererseits der erzkonservative Professor Gierke unterzeichnet hat, obgleich er in einer kürzlich veröffentlichten Erklärung bereit schien, wenigstens den kleinen Finger zu geben, wenn nur zur zweiten Instanz das Oberverwaltungsgericht bestimmt würde. Vermuthlich hat ihn der Verfall der „Post“, wovon wir berichteten, von der Gefährlichkeit seines Vorstoßes überzeugt.

Ueber die öffentliche Ankündigung von Geheimnissen erklärt das preussische Ministerium des Innern in einem Rundschreiben zur Kenntniß der Polizeibehörden und Medizinalbeamten, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Geheimmittel nicht in allen Provinzen gleichmäßig bekannt werden. Ein Heilmittel soll von seiner Eigenschaft als Geheimmittel nur dann entkleidet werden, wenn bei der Ankündigung seine Bestandtheile und Gewichtsmengen gemeinverständlich zur Kenntniß gebracht werden, so daß sich der Laie selbst ein Urtheil über Werth oder Unwerth des Mittels bilden kann. Bezeichnungen in lateinischer Sprache sind als ausreichend nicht zu erachten.

Nun kann Pastor Hülle froh sein. Es ist unerhört, schreibt Naumann's „Hilfe“, wie sehr die Staatsmaschine für die Verhüllung der wirklichen politischen Lage arbeitet. Aus dessen Kasse erfahren wir, daß dort im Kreis Wolschagen auf Kosten der Kreiskasse Hülle'sche Blätter an jedes Dorf in gewisser Anzahl gratis geliefert werden. Auf Kosten der Kreiskasse!

Die evangelischen Arbeitervereine haben in Sachen vor längerer Zeit die Korporationsrechte erhalten, weil sie angeblich von der Behörde als unpolitische Vereinigungen angesehen werden. Nun haben die unpolitischen evangelischen Arbeitervereine im Königreich Sachsen in aller Form ein Reichstags-Wahlprogramm veröffentlicht, das den politischen Charakter außer Zweifel läßt.

Stellt man dagegen die Haltung der Behörden gegen die Gewerkschaften in Vergleich, so ist der Unterschied in der Behandlung sofort ersichtlich. Der sächsische Bergarbeiter-Verband wurde feinerzeit aufgelöst, weil er von der Behörde als politischer Verein angesehen wurde. Es ist aber diesem Verein nie ein-gegeben, eine ausgesprochene politische Parteilichkeit einzunehmen, wie es in gleicher Weise von diesen evangelischen Arbeitervereinen geschieht. Nun ist ja in Sachsen eine solche Ausnahmeleistung der Behörden gegen die Vereine, die im Bereich sozialdemokratischer Gesinnung stehen, nichts Neues, sie wiederholt sich fortgesetzt, aber es ist bezeichnend für unsere Rechtszustände, daß solche Dinge, die in der trockensten Form die Rechtunglosigkeit hervortreten lassen, immer ungenügend ihr Wesen treiben können.

Ueber einen Soldaten-Gras wird der „Berliner Jg.“ aus Allenstein i. O. berichtet: Ein Bahnarbeiter und dessen Frau wurden auf der Oststädter Straße von zwei Grenadiere überfallen und ohne jede Veranlassung mit dem Seitengewehr schwer verletzt. Die Soldaten griffen dann den ruhig seines Weges gehenden Schlächtergesellen Mollat an und verletzten ihn mehrere Stiche. Auch ein Kaufmann, der Mollat zu Hilfe eilte, wurde von den beiden Soldaten mißhandelt, bezoglichen die Schwester des Mollat, die infolge eines heftigen Stosses einen Blausarg erlitt. Die beiden Soldaten sind verhaftet worden.

Somburg (Pfalz), 2. Februar. Bei der am 29. Januar in dem 5. Pfälzer Wahlkreis (Somburg-Kusel) stattgehabten Reichstags-Wahl wurden nach amtlicher Feststellung insgesammt 16711 Stimmen abgegeben. Davon erzielten Landwirth Johann Schmidt von Reichenbach (Bauernbund liberal) 8983 Stimmen, Karl Lude, Landwirth in Paterzhäusen (Bauernbund) 7846 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Aus Baden, 1. Februar. (Sig. Ver.) Badischer Landtag. Durch summarisches Verfahren gelang es, endlich am dritten Tag, nämlich in der gestrigen Abend Sitzung, die Debatte über die Petition der Friedensgesellschaften zu beendigen. Von den bei Beginn der Sitzung noch vorgemerkten 16 Rednern verzichteten 12 auf's Wort. Den Höhepunkt der Debatte bildete die ausgezeichnete Rede unseres Genossen Dreeschbach, der mit außerordentlicher Präzision die schwächlichen Punkte der Petition von ihrem guten inneren Kern trennte und vor allem den prinzipiellen Standpunkt der Sozialdemokratie zur Friedensfrage darlegte. Dreeschbach führte aus, seine Freunde seien der Ansicht, daß die Kriege theils dynastischen Ursprungs seien, namentlich aber in diesem Jahrhundert auch wirtschaftlichen Interessen entsprängen.

Das werde so lange der Fall sein, als die wirtschaftlichen Gegensätze andauern. Deshalb ständen sie den ihnen sympathischen Bestrebungen der Friedensvereine etwas skeptisch gegenüber. Entgegen der Ansicht Wittum's sei er der Ansicht, daß das fortwährende Klaffen schließlich einmal zum Krieg führen müsse. Man müsse abwarten, was allerdings nicht von einem einzelnen Staat, sondern international geschehen müsse.

Zu den ewigen Klüftungen gesellte sich nun das chauvinistische Treiben haben wie drüben der Bogesen. Selbstverständlich sei der Geschlagene aufgeregter wie der Sieger. In unseren Kriegervereinen und der Presse werde fortgesetzt Chauvinismus getrieben.

Was die einzelnen im Bericht beanstandeten Stellen des Beschlusses angeht, so könne er dieselben zunächst nicht beanstanden. Warum aber schreie der 60er Krieg im Beschlusse, der den ersten Anstoß zur Einigung Deutschlands gegeben habe. Sei es geschehen, weil man damals keinen „Erbsen“ hatte! Wer sei denn damals der Erbsen gewesen! Norddeutschland oder Süddeutschland? Auch sei zum geschichtlichen Ueberblick das Jahr 1848. In den genannten beiden Jahren seien eben nicht die Parteien die Herren, die wie hergekommenen Abenteuerer depossidirt worden seien. Man müsse die Ursache der Kriege angeben, ihre Kosten an Gut und Blut, und das Geld, das sie gefordert haben.

Der Abg. Reichardt habe vom Massenhaß der Sozialdemokratie gesprochen. Die Sozialdemokratie kenne keinen Haß der Personen, sondern nur des Systems. Die Beschunden dagegen hätten die arbeitenden Klassen und machten immer wieder die, welche die Werthe schafften, zu ihren Arbeitsthauern.

Seine Partei sei eine Partei des Friedens, und wenn das Wort wahr geworden: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ dann würden auch keine Kriege mehr geführt werden.

Wenn Abg. Witz gesagt habe, jedes Volk habe die Regierung, die es verdiene, so sei man ja gerade jetzt in Baden daran, es zu einer andern Regierung zu bringen. Wenn unsere seßhaften Minister auf den ersten Stieb nicht gehen, so müsse man das eben bestimmter wiederholen. Bis jetzt schiene man dem klaren Wort der Wahlen nicht viel Werth beizumessen und den Wunsch des direkten Wahlrechts nicht gewähren zu wollen. Die dreitägige Debatte habe schon so viel gelöst, daß man ein neues Volksschul-Besuch einführen könnte. (Heiterkeit und Beifall.)

Nachdem noch die Abg. Wittum (noll.) gegen und Geißler (Z) und Pfleger (Preis.) für den bereits gemeldeten Kommissionsantrag gesprochen hatten, welcher die Petition der Friedensfreunde der Regierung zur Kenntnisaahme überweist, wurde der Antrag mit 29 gegen 28 Stimmen angenommen.

Strasbourg i. G., 1. Februar. Landesausschuß. Der Unterhauptschreiber Schrank legt den mit 58 Millionen balanzirenden Etat vor. Auf Angriffe von Spieh und Winterer erklärt der Staatssekretär v. Pultmann, der Ausdruck „Ausnahmefälle“ werde als Agitationsmittel gemißbraucht. Die Unterdrückung zweier katholischer Blätter sei berechtigt gewesen wegen der Schmähungen gegen Kaiser Wilhelm I. Direkte Wahlen für den Landesausschuß seien unmöglich, aber ein Preßgesetz werde dieser Tagung des Landesausschusses bestimmt vorgelegt werden. Ein Verbot der Veröffentlichung der Canisius Encyclica sei niemals erfolgt.

Strasbourg, 31. Januar. Vor der hiesigen Strafkammer fand eine Verhandlung statt, die auf die gouvernementale Wahlhäftigkeit einiges Licht warf. Die „Frank. Jg.“ (die esst-Isotbringigen) Blätter dürfen über die Verhandlung nicht berichten, weil es sich um einen Verstoß gegen die Wahlhäftigkeit handelt. Der Kreisliche „Ersäffer“ veröffentlichte vor einiger Zeit einen Sprechsaal-Artikel, wonach der Kreisdirektor Pencer von Erfstein im Jahre 1898 die Bürgermeister des Kreises durch Zirkular angewiesen habe, ihre sämtlichen Formulare von dem Verleger des Erfsteiner Kreisblattes Erben zu beziehen. Mitte 1898 habe der Kreisdirektor durch ein Rundschreiben den Bürgermeistern nahegelegt, die Formulare nicht mehr von Erben zu entnehmen, da er von jetzt ab selbst Formulare drucken lassen würde. Der „Ersäffer“ bezeichnete das Vorgehen Pencer's als ungesetzlich und bemerkte, man erzähle sich verschiedenes über die Vorgeschichte der Lieferungsverzögerung. Pencer hätte sich durch den Artikel beleidigt und erhob Strafantrag. In der Verhandlung betonte Erben als Zeuge unter Eid, daß er sich die Gunst des Kreisdirectors durch nachfolgenden Vorschlag verschafft habe. Gelegentlich der Reichstagswahl von 1898, bei der in Erfstein der governmentale Baron Jörn v. Bulach, der Protestler Dr. Sieffermann und der Sozialist Böhle kandidirten, habe der Kreisdirector ihm mitgetheilt, er brauche gegen 1000 erkennbare Wahlzettel. Pencer habe ihm den Vorschlag gemacht, die Buchstaben auf den Wahlzetteln mit scharferen Konturen zu versehen, damit die Zettel auf der Rückseite durch die Augen erkennbar seien. Er habe diesen Vorschlag aus technischen Gründen für unbrauchbar erklärt. Darauf haben sie sich geeinigt, erkennbare Zettel von gelber Farbe herzustellen. Diese Zettel seien im Fabrikort Dättenheim verwendet worden. Ihr Zweck war, festzustellen, wer sozialistisch wähle. Das sozialistische Wahlkomitee suchte die Wahl Jörn v. Bulach's mit Rücksicht auf die Verwendung der gelben Wahlzettel an. Einige Zeit nachher sei Pencer, der offenbar die Unternehmung über den Vorschlag zu führen hatte, bei ihm erschienen und habe ihm erklärt, nächster Tage werde der Polizeikommissar von Erfstein in der Angelegenheit zu ihm kommen. Erben solle ausfragen, er habe gelbes Papier verwendet, weil er kein weißes mehr gehabt hatte. Die Sache mit den gelben Wahlzetteln sei völlig harmlos. Kreisdirector Pencer

konnte diese Aussage mit Bestimmtheit nicht bestreiten. Er meinte nur, sich zu erinnern, er habe zu Erben gesagt, er solle dem Polizeikommissar die Wahrheit sagen. Erben gab auch dem Polizeikommissar die Erklärung ab, er habe aus Mangel an weisem Papier gelbe Wahlzettel gedruckt. Auf Vorhalt bemerkte er heute, es thue ihm leid, die Wahrheit verlegt zu haben. Er habe sich durch den Kreisdirector, von dem er abhängig war, zu der unwarigen Aussage bestimmen lassen. Das Urtheil wird nach Ablauf einer Woche gefällt werden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die Strafkammer in Waldenburg den Schlepper Paul Prielke aus Neu-Salzbrunn zu drei Monaten Gefängnis; der Staatsanwalt hatte das doppelte Strafmaß beantragt, obwohl durch die Verhandlung erwiesen wurde, daß der Angeklagte bei Begehung der angeblichen Straftat sinnlos betrunken war.

Oesterreich.

Ueber die Situation in Oesterreich urtheilt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ folgendermaßen: „Das Charakteristische des nun fast ein Jahr in fesselloser Wuth dahintobenden nationalen Kampfes ist die ungeheure Uebertreibungssucht, womit hier alle Vorfälle, die sich national halbwegs ausbeuten lassen, dargestellt werden. Wenn ein paar Studenten am Prager Graben mit ihren Kappen bummeln, ist das eine Katastrophe für das tschechische Volk? Verboten man ihnen die Kappen, so ist das ein Verweis, wie schmächtig das deutsche Volk bedrückt wird. Ereignet sich irgendwo ein Raub oder kommt es gar zu einer Mautherei, so ist der nationale Streitfall fertig, und in spaltenlangen Telegrammen wird die Oeffentlichkeit unterrichtet, was für Entsetzliches sich wieder zugegetragen. So sind wir nun glücklich an dem Punkte angelangt, daß die Kinderkreiche der Studenten ein politischer Faktor geworden sind. Diese Entartung aller Dinge in Oesterreich zum Kleinen, Däuerlichen, ja Abgeschmackten ist der hauptsächlichste Grund, warum wir in nichts vorwärts kommen, sondern in dem Sumpfe der nationalen Verblüdung verenden. Die Politik ist in Oesterreich eine Sammlung von leeren und nichtigen Schlagworten, in denen jeder Ruf nach einer ernsten Diskussion erstickt wird, und die Stelle einer sachlichen Prüfung der Dinge, wie sie anderswo geübt wird, vertritt hier das blinde und bornirte nationale Schlagwort. Kurz, es ist zum Erbarmen, wie dumm und läppisch die Dinge sind, mit denen man sich in Oesterreich seit Jahr und Tag beschäftigt; Dinge, die uns zu dem China Europas machen.“

Frankreich.

Paris, 1. Februar. Deputirtenkammer. Marinebudget. Lockroy setzt seine gestrige Rede fort, kritisiert die Organisation der höheren Marinechule und behauptet, daß viele Schiffe gar keinen militärischen Werth haben, wovon er sich zur Zeit seiner Reise nach Toulon überzeugt habe. Unter 46 Torpedobooten, welche zur Vertheidigung der Küste von Korsika und Algier bestimmt sind, seien nur 6 dienstbereit gewesen. Lockroy bespricht hierauf die zahlreichen Kesselunfälle. Er schließt seine Rede mit einer Kritik des Flotten-Programms der Regierung und hebt hervor, daß die Schiffe im Mittelmeere nicht fähig seien, irgend einen Punkt der italienischen Küste anzugreifen, in ganzen müsse die Marine eine neue Richtung einschlagen. (Beifall auf der Bank.)

Paris, 2. Februar. Der Kriegsminister Villot nahm gestern Abend die Entscheidung des Untersuchungs-Ausschusses in der Angelegenheit Picquart entgegen, wird jedoch seine Entscheidung hierüber erst nach Beendigung des Prozesses bekannt geben, damit es nicht scheine, als ob er den Spruch der Geschworenen beeinflussen wolle. In militärischen Kreisen glaubt man, daß der Spruch des Untersuchungs-Ausschusses für Picquart ungünstig ausgefallen ist und daß Villot die Pensionirung Picquart's nachsuchen wird. — Der von Reichard gegen Hochfort angestregte Verleumdungsprozeß wurde heute unter denselben Vorrichtungsmaßregeln, wie sie am letzten Mittwoch im Justizpalaste getroffen waren, fortgesetzt.

Belgien.

Brüssel, 1. Februar. („Wagdeburger Zeitung“.) Ministerpräsident de Smet de Naeyer wird den Vorsitz in der Zuckerkonferenz führen. Belgien, Holland, Deutschland und Oesterreich-Ungarn werden die völlige Abschaffung der Zuckerprämien beantragen. Frankreich scheint der Abschaffung abgeneigt. Englands Haltung ist unsicher.

Dänemark.

Kopenhagen, 1. Februar. „Verlängste Tidende“ demotiviert die Nachricht, daß die Kandidatur des Prinzen Georg für den Gouverneurposten in Kreta aus der Initiative der Königin von Dänemark, die der Kaiserin-Wittve von Russland und der Prinzessin von Wales hiervon geschrieben haben sollte, herrühre.

Italien.

Rom, 1. Februar. Von den Bureau's der Kammer, die sich heute konstituirten, wählten sechs Bureau's oppositionelle Abgeordnete und nur drei ministerielle Abgeordnete zu Präsidenten. Auch bei der Wahl eines neuen Mitgliedes des Budgetausschusses erhielt der Kandidat der Regierung nur 126 von 252 Stimmen; der Kandidat der Opposition erhielt 108 Stimmen, so daß also eine Stichwahl erforderlich ist. Demnach scheint es um das Kabinett, wie ja schon der Verlauf der parlamentarischen Kämpfe nach Rekonstitution desselben vermuthen ließ, sehr schlecht zu stehen.

Rom, 1. Februar. In der Deputirtenkammer wurde heute die Berathung der Getreidezollfrage ohne bemerkenswerthe Zwischenfälle fortgesetzt.

Um 48 Pfennige per Kilogramm ist der Brotpreis in der Provinz Venedig gestiegen, worauf der Präsekt sofort die Bürgermeister der ganzen Provinz zusammenrief, um sie zu ersuchen, den Detrol (Thorsteuern) auf Mehl entweder für immer oder doch vorübergehend anzuhoben, was dieselben jedoch „aus Finanzgründen“ als unmöglich erklärten, d. h. also darum, weil die öffentlichen Kassen in Italien laut Befehl aus den Schultern der armen Tensel lasten müssen und darum nicht auf diejenigen der besser situirten Klassen abgeladen werden können. „Heilige Ordnung!“

Spanien.

Madrid, 1. Februar. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß das Kriegsschiff der Vereinigten Staaten „Maine“ morgen Havana verlassen werde.

Russland.

Von der Arbeiterbewegung in Petersburg. Seit dem Sommer des verfloffenen Jahres haben in Petersburg keine größeren Streiks stattgefunden, es findet aber zwischen den Arbeitern und Unternehmern ein unaufhörlicher Kleinkrieg statt. Bald weisen die Arbeiter der einen Fabrik nach längerer Unterredung, welche von einer Streikandrohung begleitet werden, den Versuch des Fabrikanten zurück, den Arbeitstag um eine Stunde zu verlängern, bald gelingt es den Arbeitern einer anderen Fabrik mittels eines Streiks, welcher nur ein paar Stunden dauert, eine Lohnerhöhung durchzusetzen u. s. w. Die im Laufe des verfloffenen Jahres unter den Arbeitern vorgenommenen zahlreichen Verhaftungen haben einerseits die Arbeiter gegen politische Verfolgungen abgestumpft und andererseits, wie zu erwarten war, das Interesse derselben für die Politik gehoben, was darin zum Ausdruck kommt, daß die Arbeiter, unter denen früher ein Interesse fast nur für gewerkschaftliche Schriften vorhanden war, jetzt hauptsächlich politische Schriften verlangen. Das geheime Zirkular des Ministers des Innern, durch welches eine schärfere Bekämpfung der Arbeiterbewegung angeordnet wurde, ist in der geheimen Druckerei „einer Gruppe revolutionärer Arbeiter“ in zwei Auflagen hergestellt worden und findet große Verbreitung unter den Petersburger Arbeitern, was zur weiteren Klärung ihres Verständnisses für die politischen Verhältnisse Russlands führt.

Im Dezember ist in Petersburg die zweite Nummer

des Blattes „Der Arbeitergedanke“ (Rabotschaja Mysl) erschienen. Diese Zeitung wird von Arbeitern verfaßt. Die Ausdrucksweise ist an manchen Stellen des Blattes eine unbedeutende und ungeschickte, auch wird über Verhältnisse, welche sich der unmittelbaren Beobachtung der Arbeiter entziehen, stellenweise eine naive Auffassung zum Ausdruck gebracht. Offenbar gehen die Herausgeber dieser Zeitung nicht zu den am meisten vorgeführten Arbeitern von Petersburg. Immerhin ist das Blatt von einem scharf ausgeprägten Klassenbewußtsein getragen; die in demselben enthaltenen Mitteilungen über die Zustände und die Stimmung der Arbeiter in verschiedenen Fabriken sind von großem Interesse. Jedenfalls legt das Erscheinen dieses Blattes ein erfreuliches Zeugnis davon ab, daß die russischen Arbeiter sich angewöhnen, auch auf literarischem Wege ganz selbständig für ihre Interessen einzutreten.

In dem **Wiener Militärgefängnis**, in welchem auch die aus politischen Gründen Inhaftierten untergebracht werden, übergab einer von diesen einem diensthütenden Soldaten einen Zettel für einen seiner in Haft befindlichen Kameraden. Der Soldat brachte den Zettel zum diensthütenden Offizier und dieser lieferte ihn den Gendarmen ein. Darauf wurde durch einen vor dem gesammten Regiment verlesenen Befehl bekannt gemacht, daß der betreffende Soldat „für Tapferkeit und seinen treuen Dienst dem Vaterlande gegen den Feind mit 2 Rubeln belohnt worden ist und eine Erhöhung im Dienste bekommen wird“. Den Soldaten, welche ins Gefängnis abgeordnet werden, wird nunmehr jedesmal bei der Befehlsgebung über ihre Pflichten während Ausübung ihres Wochenendienstes eingeschärft, daß sie, wenn ihnen von einem Gefangenen ein Zettel gegeben wird, denselben in Empfang nehmen und der Obrigkeit einliefern sollen. Außerdem ist eine Verfügung getroffen worden, daß jüdische Soldaten, soweit irgend möglich, nicht zum Wochenendienst abgeordnet werden sollen, was darauf zurückzuführen ist, daß die meisten der in Wien inhafteten Arbeiter Juden sind.

Bulgarien.

Sofia, 2. Februar. Der bulgarische Agent Marlow in Konstantinopel überreichte dem Großvezir eine Denkschrift über die Vorfälle, die sich seit November im Vilajet Ueskub zugetragen haben. Die Denkschrift betont, daß 592 Verhaftungen von Bulgaren vorgenommen wurden, darunter von 30 Beamten und mehreren Priestern, und macht, zum Detail übergehend, 33 Personen namhaft, welche gefoltert wurden und von denen sieben infolge der Folter starben. Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt. Ein zehnjähriges Mädchen sei infolge einer Vergewaltigung verstorben. Im Arrest zu Kumanovo höre die Prügelei nicht auf. Die Denkschrift erkennt das Recht der Pforte an, Kompromittierte, bei denen Waffendepots vorgefunden wurden, zu verfolgen, erklärt jedoch, daß die Gewaltthätigkeiten das bulgarische Volk in höchstem Grade aufgeregt und panikartige Flucht der Grenzbevölkerung nach Bulgarien veranlaßt hätten und die bulgarische Regierung zwingen, zu intervenieren. Die Denkschrift verweist auf das lokale friedliche Verhalten der Bulgaren in der letzten Zeit und verlangt dringend das sofortige Aufheben der Verhaftungen, die Einstellung der militärischen Umgelagerung der verewaltigten Ortlichkeiten, die Ueberführung aller Gefangenen nach Ueskub, eine gerechte Prozeßführung und Absetzung des Ratnamens und Balis von Palanka. Die Denkschrift fordert in sehr ernstem Tone die im beiderseitigen Interesse liegenden Beruhigungsmaßregeln.

Türkei.

Konstantinopel, 1. Februar. Die Haltung Anstalts der Pforte gegenüber in der Frage der Kandidatur des Prinzen Georg ist unverändert. Oesterreich und Italien haben noch keinerlei Erklärungen abgegeben. Der englische Vorkämpfer Currie gab die Erklärung ab, England stimme dem russischen Vorschlag zu.

Afrika.

Aus dem Sudan. Den „Daily News“ wird aus Kairo gemeldet: Nach den letzten Berichten vom englisch-egyptischen Herrscher räumen die Berwische Metemeh und ziehen sich nach Omdurman zurück, wo der Khalif fortbauend mit der Verhärterung der Befestigungen beschäftigt ist.

Parlamentarisches.

Im Reichstage hat Abg. Singer denselben Antrag bezüglich der Unterbeamten der Postverwaltung, welcher in der Budgetkommission des Reichstages gestellt, aber abgelehnt worden war, zur zweiten Beratung des Postetats wieder eingebracht.

Der Parteitag

der konservativen Partei Deutschlands

wurde heute Vormittag im Dresdener evangelischen Vereinshaus unter zahlreicher Theilnahme von Parteigenossen aus allen Theilen Deutschlands eröffnet.

Aus der Eröffnungssprache des bekannten Dr. Mehnert heben wir die folgenden Stellen hervor:

„Die konservative Partei wird von einem furchtbaren Sturm umtobt. Feinde ringen um. Wir können mit Stolz sagen: „Viel Feinde, viel Ehr, viel Pflichten!“ (Bravo.) Unsere Gegner haben uns schon so manchenmal todtgesagt. Sie haben uns längst zum alten Eisen geworfen. Aber trotzdem wird die konservative Partei von allen Seiten aus heftigste bekämpft. Die Sozialdemokraten bekämpfen am heftigsten die konservative Partei, weil sie ganz gut wissen, daß diese Partei das feste Bollwerk gegen den Umsturz ist. (Auf: Sehr richtig!) Die konservative Partei ist im tosenden Meer der Parteien der Welt, an dem sich die Wellen der demagogischen und demokratischen Brandung zerschellen werden. (Bravo.) Wir sind noch wie vor die feste Stütze der Monarchie.“

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete „Die allgemeine Stellung der Partei“. Der Referent, Freiherr von Manteuffel, äußerte sich ungefähr folgendermaßen: Mit der freikonservativen Partei werden wir noch wie vor in den meisten Fragen zusammengehen können. Die nationalliberale Partei hat zweifellos eine Wandlung nach rechts gemacht. Wir können das nur mit Freuden begrüßen. Ich habe die Ueberzeugung, in den nächsten Reichstag werden nur diejenigen Nationalliberalen einziehen, die auf dem rechten Flügel ihrer Partei stehen. Ich gebe mich daher der Hoffnung hin, daß wir auf die Unterstützung der nationalliberalen Partei in den meisten wirtschaftlichen und nationalen Fragen rechnen können. Das Zentrum ist bekanntlich im Reichstage die ausschlaggebende Partei. Ich habe leider wenig Hoffnung, daß es uns gelingen wird, mit der Zentrumsparthei Hand in Hand zu gehen. Nicht in dem verchiedenen Glauben, sondern in dem Umstande, daß die demokratische Richtung in der Zentrumsparthei immer mehr die Oberhand gewinnt, liegen die Trennungspunkte zwischen uns und der Zentrumsparthei. Ich gebe allerdings die Hoffnung nicht auf, daß die katholische Wählerschaft es nicht weiter dulden wird, daß die Zentrumsparthei mit der Sozialdemokratie Hand in Hand geht. Unser Kampf gilt in erster Reihe der Sozialdemokratie. Die konservative Partei ist das feste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie. Deshalb ist es unsere Pflicht, die konservative Partei möglichst zu stärken und so viel als möglich Bundesgenossen heranzuziehen, um die Sozialdemokratie auf Tod und Leben zu bekämpfen und zu besiegen. Die Sozialdemokratie ist Gegnerin der christlichen Weltanschauung, sie verhöhnt und verspottet alle Einrichtungen des Christenthums; die konservative Partei ist von jeher das feste Bollwerk von Thron und Altar gewesen, daher ist sie auch in erster Reihe berufen, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen. Ich gestehe der Sozialdemokratie nicht das Recht zu, an der Befehlsgebung theil zu nehmen. (Beifall.) Die Befehlsgebung hat den Zweck, den Staat zu erhalten, die Sozialdemokratie hat aber die ausgesprochene Absicht, den Staat zu zerstören und ein Chaos zu schaffen, in dem man vielleicht gut im Trüben sehen kann, daß aber dem

deutschen Vaterlande, ja der ganzen Welt zum größten Verderben gereichen würde.

Dem Parteitag wurden folgende Erklärungen unterbreitet: Punkt 1 der Tagesordnung: Allgemeine Stellung der Partei. „Der Parteitag erachtet es für geboten, daß gegenüber den sich jetzt vielfach vordrängenden rein materialistischen Bestrebungen die idealen Ziele unserer Partei kräftig betont werden. Eine Interessengruppe ist die konservative Partei niemals gewesen und kann sie niemals werden. Die konservative Partei will erhalten, aber nicht alles, was ist, sondern nur, was gut ist. Sie will insbesondere, festhaltend auf dem Boden des Christenthums und der Monarchie, die Wahrung der Autorität und die Herrschaft von Gesetz und Ordnung. Sie will nicht Einschränkung, sondern Aufrechterhaltung der persönlichen Freiheit; sie will aber auch nicht Einschränkung, sondern Aufrechterhaltung der Kronrechte. — Dies Alles in Treue zu Fürst und Vaterland, Kaiser und Reich und unter steter Wahrung der Selbständigkeit der Partei nach jeder Richtung.“

Zu demselben Gegenstande lag ferner folgende Resolution vor: „Der Parteitag schließt sich der nachstehenden, von dem Delegirten-tage am 19. November 1898 einstimmig gefassten Resolution an: Der Parteitag der deutschen konservativen Partei stellt auch heute, wie es in dem Programm vom 8. Dezember 1892 geschehen ist, die Erweckung, Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung an die Spitze seiner Aufgaben. Er erachtet den Kampf gegen die Sozialdemokratie als eine Hauptaufgabe der Partei und der Regierung. Dem verheerenden Treiben gewerbmäßiger Agitatoren, die jede göttliche und weltliche Autorität untergraben und die durch den Mißbrauch politischer Freiheiten auf Zerstörung der christlichen Gesinnung im Volke hinarbeiten, muß durch energische Handhabung staatlicher Machtmittel ein Ziel gesetzt werden. Der Parteitag hält es besonders für geboten, dem stetigen Vordringen der Sozialdemokratie gegenüber vor Parteispaltungen zu warnen. Die Vielheit kleiner Parteibildungen führt zur Ohnmacht gegenüber stark organisierten Parteien. Es ist darum zu erwarten, daß kein konservativer Mann eine neue Parteibildung fördern werde, auch wenn diese angeblich auf konservativem Boden sich befindet oder Berührungspunkte mit dem konservativen Programm darbietet. Es muß vielmehr gefordert werden, daß Versuche, neue Parteien auf Kosten der konservativen Partei zu gründen, entschieden und kräftig entgegengehandelt werde. Es ist unzulässig, daß ein Mitglied der konservativen Partei gleichzeitig einer anderen politischen Partei angehört.“

Punkt 2 der Tagesordnung: „Sozial- und Wirtschaftspolitik“. Die konservative Partei wird stets die Interessen der produktiven Stände einschließlich der Arbeiterschaft pflegen. Wir erkennen an, daß Landwirtschaft, Handwerk und Kleinhandel in der Befehlsgebung lange Jahre hindurch benachteiligt worden sind. Wir fordern demgemäß, daß seitens der Partei noch wie vor alles aufgegeben werde, um die Lage dieser Klassen unseres Volkes zu verbessern. Es muß aber dabei betont werden, daß von einer innerhalb der Partei bestehenden Feindschaft gegen Industrie und Handel nicht die Rede sein, daß vielmehr nur durch Gleichberechtigung und Zusammenwirken aller wirtschaftlichen Faktoren, zu denen auch der legitime Handel gehört, das Wohl des Vaterlandes gefördert werden kann. Den arbeitenden Klassen wird die deutsche konservative Partei noch wie vor ihre besondere Fürsorge widmen. Einer einseitigen Sozialreform aber, die nur den Arbeiterinteressen dient, ohne auf die Lage der durch Befehlsgebung schon fast belasteten produktiven Stände Rücksicht zu nehmen, wird die konservative Partei stets widerstreben. Entschiedene Vermehrung muß dagegen eingeleitet werden, daß die konservative Partei einen Stillstand oder gar Rückschritt in der Sozialreform herbeiführen wolle, sie wird im Gegentheil an einer planmäßigen Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und an einer Verbesserung der Invaliditäts- und Altersversicherung mit allen Kräften bewirken.“

Punkt 3 der Tagesordnung: „Reichstags-Wahlen“. Der Parteitag beschließt: Bei den nächsten Reichstagswahlen ist überall als vornehmstes Ziel die Bekämpfung der Sozialdemokratie und ihrer Helfershelfer (!!) ins Auge zu fassen. In den Wahlkreisen ist ein Zusammengehen der Ordnungsparteien gegen die Sozialdemokratie unter voller gegenseitiger Respektierung der Selbständigkeit und des Bestandes der Parteien zu fördern. Wo dies nicht gelingt, ist auch in bisher nicht konservativ vertretenen Wahlkreisen, soweit es angeht, die Aufstellung von eigenen Kandidaten zu empfehlen, damit bei den Stichwahlen der Einfluß unserer Partei in die Waagschale geworfen werden kann. Für die Stichwahlen gilt ebenfalls die Parole: gegen die Sozialdemokratie! Wo mit diesen aber Parteien, die in politischer und wirtschaftlicher Beziehung mit der Sozialdemokratie gleich zu erachten sind, in Konkurrenz stehen, ist die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten. Bei der Aufstellung von Kandidaten ist auf die lokalen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen und deshalb schon jetzt Fählung mit der Wählerschaft zu nehmen. Es ist zu wünschen, daß als Kandidaten auch Vertreter aus dem Handwerker- und Gewerbestande, sowie aus dem Kreise des ländlichen Kleinbesitzes in Aussicht genommen werden. Vor allem aber ist auf die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Kandidaten zu sehen. Die konservative Presse namentlich durch Anwendung von Inseraten und Abonnements zu fördern und zu unterstützen, ist die Pflicht jedes Parteigenossen, insbesondere der Partei-Organisationen. — Es empfiehlt sich, besondere Verkaufsstellen bezugs Förderung der Provinzialpresse zu bilden und diese Presse durch geeignete Artikel aus den Kreisen der Parteimitglieder zu unterstützen.“

Eine Privatdepesche aus Dresden meldet uns, daß sämtliche Resolutionen angenommen wurden.

In der gestern abgehaltenen Vorstandssitzung wurde Landtags-Abgeordneter Prof. Dr. Ferner aus Berlin in den Eifer-Ausschuß gewählt. — Der Vorstand hat die oben mitgetheilten Resolutionen einstimmig genehmigt.

Charakteristisch für die Achtung der Gesetzgebung bei der Partei der Landräthe und Streber ist es, daß auch dieser Parteitag sich als eine flagrante Mißachtung des § 8 des preussischen und des § 24 des sächsischen Vereinsgesetzes darstellt. Der uns vorliegende Bericht sagt darüber:

Die konservativen Provinzial- und Landesvereine von Ost- und Westpreußen, der Provinz Sachsen, der Mark Brandenburg, der Provinz Hannover, Baden, Württemberg, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz sind offiziell vertreten. —

Wahlbewegung.

Im 10. hannoverschen Wahlkreis stellt die Freisinnige Volkspartei den Hofbesitzer Stel aus Bremen auf.

Im 2. hannoverschen Reichstags-Wahlkreis wird nach dem „Hannov. Cour.“ von den Nationalliberalen der bisherige Abgeordnete wieder kandidieren.

Die Konservativen des Wahlkreises Weimar haben als Kandidaten für die kommende Reichstagswahl den Landes-Branddirektor Freiherrn von und zu Gloggflein in Aussicht genommen.

Partei-Nachrichten.

Das Agitationskomitee für den Oberrhein (Regierungsbezirke Aachen, Koblenz, Köln und Trier sowie Fürstenthum Birkenscheid) bezieht nach seiner Neuwahl aus den Parteigenossen Ober Schmidt, Wuckendahl und Hofrichter in Köln. Alle Briefe sind zu adressiren an Adolph Hofrichter, St. Agatha 8; alle Gelder an Heinrich Wuckendahl, Duffelsbach 25, III.

Die Arbeiter Rudolfsstatts in Thüringen beschließen Theilnahme an den Gemeindevahlen. Ferner wurde in der betreffenden Versammlung, wo die Parteigenossen Redakteur Hofmann und Landtagsabgeordneter Apelt das Referat hatten.

Protest erhoben gegen den von der schwarzburgischen Regierung dem Landtag vorgelegten Entwurf einer neuen Gemeindeordnung, der eine Verschlechterung des Wahlrechts der Arbeiter bedeutet. In dem Protest wird betont, daß eine Umfrage, die vor der Einbringung des Gesetzesentwurfs bei sämtlichen größeren Gemeinden vorgenommen wurde, das Ergebnis gehabt hat, daß die Frage der Nothwendigkeit der Abänderung des Wahlrechts fast einstimmig verneint worden ist.

Der Sozialdemokratische Verein in Offenbach a. M. hat im Jahre 1897 einschließlich eines früheren Kassendebitandes 1998,47 M. eingenommen und 1487,88 M. ausgegeben; der Ueberschuß betrug also 560,59 M. Die Zahl der Beiträge leistenden Mitglieder betrug am Jahresschluß 894, darunter befanden sich 58 Hilfsarbeiter, 55 Schuhmacher, 51 Metallarbeiter, 30 Holzarbeiter, 32 Portefeuerler, 25 Sattler, 13 Schriftsetzer, 14 Glaser, 10 Schmiede, 9 Former etc. etc.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben, daß zur Förderung der Arbeiterinnenbewegung daselbst Frau Klara Zetkin aus Stuttgart Anfang März in St. Gallen, Winterthur, Zürich und anderen Orten Vorträge halten wird.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Den Weg zum Keller angetreten hat am 31. Januar Redakteur Gewehr von der „Freien Presse“ in Silberfeld, der wegen Beleidigung eines Unteroffiziers in Lempey zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt ist, und am gleichen Tage der Parteigenosse Karl Windhoff in Düsseldorf, der ebenfalls eine dreimonatige Freiheitsstrafe verbüßen muß, weil er durch einen Artikel in der „Niederrheinischen Volkstribüne“ einen Düsseldorfer Fabrikanten beleidigt hat. Abgen beide Parteigenossen die Haft gut übersehen!

— Der Parteigenosse Bethge in Magdeburg ist am Dienstag vom Untersuchungsrichter wegen des Druckes der Antisichs-Postkarten vernommen worden. Er soll gegen die §§ 8 und 19 des Preßgesetzes verstoßen haben. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zu dem Perlmutterarbeiter-Streik bei Hingz, Schinkstr. 8/D, wird uns noch mitgetheilt, daß auch hier die Polizei die von den Arbeitern aufgestellten Posten aus der Nähe der Fabrik vertreibt, wohl aber gestattet sie, daß der Sohn des Fabrikanten sowie die Reisenden der Firma in der Schinkstrasse auf und ab patrouilliren. Bei den vom Holzarbeiter-Verein angebahnten Verhandlungen mußte sogar ein Schutzmann am Komptoir die Wache halten.

Die Schuhfabrikanten besinnen sich, wie uns mitgetheilt wird, durchaus nicht, den von dem Einigungsamt eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. So sucht die Walschuhfabrik von Max Heyer, Rübendörferstr. 55, durch Insuperate Arbeiter, während sie die ausländischen Arbeiter nicht einstellt. Ebenso ist bei Teschner u. Süberig, Georgenkirchstr. 64, bis jetzt noch keiner der ausländischen eingestellt worden. Im ganzen sind bis jetzt ca. 90 Arbeiter noch nicht wieder eingestellt, ausschließlich der 59 Arbeiter bei Gebrüder Kallmann, Gräner Weg 11, welche nach einer Erklärung des betreffenden Fabrikanten Montag, den 7. d. M., sämtlich eingestellt werden sollen.

Achtung, Banarbeiter! Es ist in der letzten Zeit öfter vorgekommen, daß die Kollegen die Arbeit eingestellt haben, ohne vorher den Vertrauensmann in Kenntniß zu setzen. Dieses Verhalten hat theilweise zu recht unliebsamen Weiterungen geführt. Ich weise deshalb nochmals darauf hin, daß bei Lohnunterschieden unverzüglich dem Vertrauensmann Mittheilung zu machen ist. W. Noack, Laufferstr. 35, Vertrauensmann.

Die Maurer lokaler Richtung nahmen am Sonntag eine Resolution an, in der sie sich für Weibehaltung bezw. Wiederwahl der Lohnkommission aussprechen. Um die bisher unter der Leitung der Lohnkommission gemachten Erzeugnisse nicht wieder zu verlieren, sondern noch mehr zu befähigen, haben in den zukünftigen öffentlichen Versammlungen alle Diskussionen über die Organisationsform zu unterbleiben.

Polizeilich aufgelöst wurde die öffentliche Versammlung der Maurer, die gestern bei Keller, Koppenstr. 29, tagte. Nachdem die Abhaltung über die Art der Zusammenkunft der zukünftigen Lohnkommission festgefunden hatte und die Neuwahl derselben vorgenommen werden sollte, erhob sich ein lebhafter Widerspruch aus der Versammlung, was den überwachenden Beamten veranlaßte, dieselbe aufzulösen. Die Versammlung war von ca. 2000 Personen besucht und bereits beim Eintritt in die Tagesordnung polizeilich abgeprert.

Typenmeister Havenstein theilt uns in einem längeren Schreiben mit, daß unsere Notiz bezüglich der Tarifverhältnisse in seinem Geschäft den Thatfachen durchaus nicht entspricht. Vielmehr hätten die 12 Typsetzer durch Unterchrist die Akkordpreise, die er zu zahlen beabsichtigt, anerkannt. Erst am Sonnabend, als entlohnt wurde, sei er wegen Zulage von seinen Arbeitern bedrängt worden. Unter anderem hebt H. noch hervor, daß er ein Recht zur sofortigen Entlassung der Typsetzer gehabt habe, indem diese sich nicht allein verpflichtet hätten, für den von ihm aufgestellten Tarif zu arbeiten, sondern auch nicht zu dummen und — nicht zu pumpen. Er habe ferner angenommen, daß die bei ihm beschäftigten Typsetzer statt auf dem Bau zu verhandeln, lieber ins Lokal zu Steinert gehen würden, und habe deshalb einen Zettel bei dem letzteren hinterlassen.

Dieser wird uns von theilweiser Seite geschrieben: Es ist geradezu erkenntlich, mit welcher Eile Havenstein die ganze Sache auf den Kopf stellt. Als ich nebst mehreren Kollegen wegen der Preise mit H. Rücksprache nahm, erklärte er: „Ich zahle den jetzt üblichen Meistertarif.“ Daraufhin nahmen alle Typsetzer an, daß der Tarif gemeint sei, der leider größtentheils zum Schaden der Gesellen gezahlt wird und 8—10 pCt. unter dem 8er Lohnsatz der Typsetzer beträgt. Es ist unklar, daß die Typsetzer sich durch Unterchrist verpflichtet hätten, für den von Havenstein aufgestellten Tarif zu arbeiten, der eine weitere unerhörte Preisreduzierung enthielt. Was H. sonst noch in seinem Schreiben faselt, von dem „in der Krippe sitzen“, „pumpen“, „dummeln“ und sonstige schöne Dinge, so ist darüber kein Wort zu verlieren. Nur sei bemerkt, daß er es gerade ist, der seine Leute, wie er selbst erklärt hat, nur in dem Lokal von Steinert einstellt, weil, wie er angeht, er in einem herrschaftlichen Hause wohne. (!) Uebrigens sei bemerkt, daß durch das Vorgehen der Kollegen Herr Havenstein gezwungen wurde, von seinen rigorosen Lohnkürzungen Abstand zu nehmen und jetzt nach einem Tarif, der nur 10 pCt. Abzug bedeutet, zahlte. Das Vorgehen der Gesellen hat somit doch etwas Gutes für sich. Karl Mantje.

Deutsches Reich.

Gegen die Angriffe der Reichsregierung auf das Koalitionsrecht nahmen die Arbeiter von Hamburg und Altona in fünf öffentlichen Versammlungen Stellung. Die Kundgebung war eine äußerst imposante und wurde in allen Versammlungen eine Protestresolution angenommen, in der die Arbeiter in entschiedener Weise das Recht der Koalition fordern und die Stellung des Staatssekretärs v. Posadowsky zu der Angelegenheit als eine Parteinahme für die Unternehmungsklassen bezeichnet wird.

Der Textilarbeiter-Verein weist in seiner Abrechnung vom dritten Quartal 1897 eine Einnahme von 14 672,77 M. auf, der eine Ausgabe von 15 498,37 M. gegenüberstand. Unter den Ausgaben befinden sich u. a. 4321,10 M. für Streikunterstützung, 2512,98 M. für Gemeindefestlichkeiten und Reise-Unterstützung und 7869,90 M. für die Fachzeitung. Die Mitgliederzahl beträgt 19 543.

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Krefeld erhielt die sozialdemokratische Liste 1947 Stimmen, die Gegner 1541. Es hat also auch hier der Hochdruck, mit dem gegen die Sozialdemokraten gearbeitet wurde, nicht genügt.

In Lambrecht (Pfalz) wurden die von unseren Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten mit großer Majorität gewählt.

Wegen angeblicher Verleumdung eines Arbeiters wurden von 2 u. d. d. Schöffengericht ein Arbeiter zu 2 Monaten, ein anderer zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Eine Konferenz der Korbmacher tagte am 30. Januar in Magdeburg. Vertreten waren die Orte Berlin, Bernburg, Döben, Großenhain, Gesehacht, Hamburg, Mühlberg, Wittenberg, Zeitz. Zweck der Konferenz war: Stellungnahme zu der letzten Submissions der Geschloßkörbe. Da in vielen Orten in den letzten Jahren ein Sinken der Arbeitspreise zu beobachten war, drehte sich die Debatte vorwiegend um die Lohnfrage. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, bei einer neuanschaffenden Arbeitszeit den Minimalpreis pro Geschloßkorb auf 4 Mark festzusetzen, und soll die Maximalleistung auf 10 Körbe pro Woche bemessen werden. Ferner verlangte die Konferenz Abschaffung der Theilarbeit. Zum Schluss wurde von der Konferenz der vergebliche Versuch gemacht, die Berliner Lokalorganisation zu bewegen, sich zu Gunsten der Zentralorganisation aufzulösen.

250 Steinarbeiter in Sulzfeld (Baden) haben am Montag die Arbeit eingestellt. Die Sandsteinbrüche in der Gegend von Sulzfeld gehören dem Freiherrn v. Zoller, der durch Pachtverträge mit Zwischenunternehmern die Anlage betreibt. Unter diesem System ist die Arbeitszeit bis auf 13 und 14 Stunden täglich gelagert und der Lohn erreichte nur in Ausnahmefällen die Höhe von drei Mark. Im vorigen Jahre schlossen sich die Arbeiter dem Steinarbeiter-Verband an, um einige Verbesserungen im Beruf zu erzielen. Das war natürlich den Unternehmern nicht gerade sehr willkommen, und flugs kamen sie herbei, in ihrer Organisation zu beschließen, die Vertrauensleute der Organisation der Arbeiter zu entlassen, sowie überhaupt den Austritt aus dem Verband von allen Arbeitern zu fordern. Dagegen lehnten sich die Arbeiter auf und verlangten nimmere 10stündige Arbeitszeit, 42 Pf. Stundenlohn, 14tägigen Jahrlage, Erstellung von Arbeitsbüden zum Schutz gegen Regen, Schnee und Wind, Erstellung von Gehwegen, Anerkennung der Organisation, Wiedereinstellung der Gemahregelten und Errichtung eines Einigungsamts zwischen den Arbeitern und Unternehmern. Der Geschäftsleiter des Verbandes versuchte eine Einigung herbeizuführen, die aber scheiterte, worauf die Arbeiter in den Aufstand eingetreten sind. Der Zug ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Ueber den Weberstreik in Zwanowo-Wosnessensk (in Zentralrussland) schreibt man uns: Seit Beginn d. J. stehen sämtliche Webereien von Zwanowo-Wosnessensk still. Die Streikenden, deren Zahl sich auf viele Tausende beläuft, legen deshalb die Arbeit nieder, weil die Fabrikanten die Feiertage zweier Heiligen, die in jener Gegend fast durch Arbeitstrübe begangen worden sind, abschaffen wollen. Das viele Militär, was in den Streikorten zusammengezogen ist, hat bisher keine Gelegenheit gehabt, einzuschreiten.

Aus London berichtet die „A. R.“ über den nunmehr beendeten Aufstand der Maschinenbau-Arbeiter: Die Wiederaufnahme der Arbeit ist am Montag im ganzen Lande ohne jegliche Reibungen erfolgt. Die Anordnung des Verbandes der Fabrikanten, einweilen nur 25 u. d. d. der Ausständigen anzustellen, ist vielfach von seinen eigenen Mitgliedern mißachtet worden. Der Verband will auch nicht darauf bestehen. Schon Ende der laufenden Woche dürfen drei Viertel der feiernden Gewerksvereine wieder in Lohn und Brot sein. — Der Clyde-Distrikt hatte zwar mit überwältigender Mehrheit gegen die Annahme der Bedingungen der Fabrikanten gestimmt. Dennoch fanden sich auf den großen Schiffsbauhöfen die Arbeiter ein, um die Arbeit wieder zu beginnen.

Soziales.

Ergebnisse des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes. Nach der im Reichs-Versicherungsamt angefertigten Zusammenstellung, die auf den Mitteilungen der Vorstände der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten und der zugelassenen Kassenanstalten beruht, betrug die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes von den 31 Versicherungsanstalten und von den 9 vorhandenen Kassenanstalten bewilligten Invalidenrenten bis zum 31. Dezember 1896 221 116, bis zum 31. März 1897 288 531, bis zum 30. Juni 1897 288 742, bis zum 30. September 1897 277 859 und bis zum 31. Dezember 1897 296 452; davon sind infolge Todes oder Auswanderung der Berechtigten, Wiedereinlösung der Erwerbsfähigkeit, Bezuges von Unfallrenten oder aus anderen Gründen weggefallen: bis zum 31. Dezember 1896 59 445, bis zum 31. März 1897 65 899, bis zum 30. Juni 1897 72 307, bis zum 30. September 1897 79 006 und bis zum 31. Dezember 1897 85 593, so daß am 1. Januar 1897 161 670, am 1. April 1897 172 632, am 1. Juli 1897 185 935, am 1. Oktober 1897 198 854 und am 1. Januar 1898 210 859 Invalidenrenten liefen.

Die Zahl der bewilligten Altersrenten betrug bis zum 31. Dezember 1896 295 705, bis zum 31. März 1897 301 945, bis zum 30. Juni 1897 307 487, bis zum 30. September 1897 312 708 und bis zum 31. Dezember 1897 318 409; davon sind infolge Todes oder Auswanderung der Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen bis zum 31. Dezember 1896 91 780, bis zum 31. März 1897 97 747, bis zum 30. Juni 1897 103 838, bis zum 30. September 1897 108 799 und bis zum 31. Dezember 1897 114 785, so daß am 1. Januar 1897 208 955, am 1. April 1897 204 198, am 1. Juli 1897 203 659, am 1. Oktober 1897 208 910 und am 1. Januar 1898 208 644 Altersrenten liefen.

Beitragsverhältnisse sind bewilligt bis zum 31. Dezember 1896 an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 71 663 und an die Hinterbliebenen von Versicherten 18 962, zusammen 90 615, bis zum 31. März 1897 92 706 und 24 540, zusammen 117 246, bis zum 30. Juni 1897 117 621 und 30 500, zusammen 148 121, bis zum 30. September 1897 140 972 und 36 253, zusammen 177 225 und bis zum 31. Dezember 1897 171 392 und 41 591, zusammen 212 983 Beitragsverhältnisse.

Niemals ist in der Zahl der laufenden Invalidenrenten, die seit dem 1. Januar 1898 zum ersten Mal die Zahl der laufenden Altersrenten überschritten haben, während des Jahres 1897 eine ziemlich gleichmäßige erhebliche Steigerung eingetreten, während bei den laufenden Altersrenten der Beharrungsstand erreicht zu sein scheint. Bei den bewilligten Beitragsverhältnissen läßt sich nur eine langsame Steigerung erkennen.

Fiskalische Sparsamkeit an nurechten Orten. Wie in Spandau, so soll auch in Eberswalde den im Tageslohn stehenden Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten, die am Geburtstag des Kaisers die Arbeit ruhen lassen mußten, der Lohn um den entsprechenden Betrag gekürzt worden sein. Auch in diesem Punkte sind die Staatsbetriebe noch weit davon entfernt, Mutterbetriebe zu sein, was sie nach einer früheren kaiserlichen Hebe ja werden sollten. Selbst das Unternehmerthum hat zum Theil seine Pflichten gegen die Arbeiter besser erkannt, als die Verwaltung so manchen Staatsbetriebes. Beispielsweise enthält der zwischen Unternehmern und Arbeitern des Buchdruckgewerbes vereinbarte Tarif schon seit vielen Jahren die Bestimmung: „Ein Abzug für landesgesetzliche sowie behördlicherseits oder vom Geschäft angeordnete Feiertage darf nicht stattfinden; ein Umgehen dieser Bestimmung durch Stundenberechnung ist unzulässig. Das Einholen derartiger Feiertage kann nur gegen die für Extrastunden zu leistende Entschädigung verlangt werden.“ Was hier Privatleute können, das vermag doch noch viel leichter der Staat. Den Beamten wird ja auch nichts abgezogen, weshalb aber den Arbeitern, die auf Tageslohn angenommen sind? Meint man, daß diese und ihre Familien am Geburtstag des Kaisers vom Patriotismus satt werden? Oder glaubt man, daß die Bezahlung der Arbeiter so ausgezeichnet sei, daß sie den Lohn für einen Tag etwa so leicht entbehren könnten, wie der Chef eines staatlichen Ressorts, wenn er einen Hundertmarktschein verliert?

Das Oberbergamt in Breslau warnt durch Aufschlag in den Zechenhäusern die schlesischen Bergarbeiter, sich nach dem rheinisch-westfälischen Bergbaugesetz zur Erlangung von Arbeit zu begeben.

In Oberschlesien breitet sich der Typhus immer weiter aus; jezt sind, wie uns geschrieben wird, bereits drei Kreise infiziert: Beuthen, Rattowit und Rybnik. Am böseartigsten tritt der Typhus in Schwientochlowitz auf, von 33 Erkrankungen gemeldet worden sind. Leider ist die Berichterstattung über den Stand der Krankheit sehr mangelhaft; angeblich werden die wahren Nachrichten unterdrückt, um die Geschäftsleute der infizierten Ortschaften zu schützen. In Beuthen soll man es im vergangenen Jahre ebenso gemacht haben; hier soll die Verlesung zu einer immer größeren Ausbreitung der Epidemie geführt haben.

Die Handschuh-Industrie liegt immer noch arg darnieder. Wie aus Haynau in Schlesien gemeldet wird, ist dort am vorigen Sonnabend in zwei Handschuhfabriken einer großen Zahl von Arbeitern gekündigt worden. Falls es wirklich zur Entlassung kommen sollte, werden die Arbeiter um so härter getroffen, als der Verdienst seit längerer Zeit schon geringer als sonst war.

Ungeblühlicher brutaler Mißhandlung seines Kindes wird der Staatsanwalt Pannier in Bernburg von dem dort erscheinenden „Generalanzeiger“ bezeugt. Das Kind, das die höhere Töchterschule besucht und das den Eindruck des geängstigten machen soll, sei jüngst dermaßen erschlagen zur Schule gekommen, daß die Lehrerin das bedauernswürdige Wesen genau untersucht habe. Unter anderem habe sich dabei herausgestellt, daß der Fuß des Kindes so geschlagen worden sei, daß es nicht mehr habe gehen können, sondern heimgesahren habe werden müssen. Ferner wird behauptet, daß das Kind fast fortgesetzt Hunger leiden müsse und von den Mitschülerinnen mit Imbiß versorgt werde. In einem Faße habe das Frühstück, das dem Kinde zur Schule mitgegeben worden war, nur in einem Stück trockenen Kommissbrot bestanden. Das Kind selbst habe erklärt, daß ihm die Verletzungen von dem eigenen Vater zugefügt worden seien, und die Frau Staatsanwalt Pannier sei weinend zur Lehrerin gekommen und habe erklärt, daß sie die Kinder vor dem Jähzorn des Vaters nicht zu schützen wisse. Der „Generalanzeiger“ verlangt nun von der Bernburger Staatsanwaltschaft: 1. den Pannier'schen Eheleuten sofort die Kinder wegzunehmen und diese anderswo erziehen zu lassen; 2. gegen den Staatsanwalt Pannier sofort das Strafverfahren einzuleiten, andernfalls gegen den verantwortlichen Redakteur des genannten Blattes wegen öffentlicher Verleumdung Pannier's vorzugehen. In einem späteren Artikel theilt der „Generalanzeiger“ mit, es stiehe ihm Beweismaterial dafür zur Verfügung, daß die Mißhandlungen des bedauernswürdigen Kindes schon jahrelang zurückdatieren, und ein anderes Blatt, die „Mittel-M.-Ztg.“ schreibt in dem gleichen Sinne: „Schon seit Jahren, schon aus der Zeit des Pannier'schen Aufenthaltes in Horgerode sind Klagen über schlechte Behandlung des Pannier'schen Mädchens laut geworden. Die Nachbarn haben oft sich darüber aufgehalten, und die Lehrer haben schon lange die Empfindung gehabt, daß das Kind es zu Hause nicht gut hätte. Die Lehrerin hat oftmals dem Kinde ihr Frühstück gegeben.“ Diese Mittheilungen erscheinen wie gesagt unglücklich, aber die beiden bürgerlichen Blätter müssen ihrer Sache doch sicher sein, sonst würden sie nicht wagen, gegen einen Staatsanwalt eine so schwere Anklage zu erheben.

Versammlungen.

In der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege wurde am Montag über einen Vortrag des Herrn Straßmann über: „Die Einwirkung der Nähmaschinenarbeit auf die weiblichen Genitalorgane“ diskutiert. Herr Straßmann hat als Assistent an der Charité Untersuchungen über die Krankheiten der weiblichen Genitalorgane veranfaßt und dabei gefunden, daß die Nähmaschinenarbeiterinnen prozentual am stärksten unter den Erkrankten vertreten sind. Die Ursachen dieser Erkrankung führt Herr Straßmann zurück auf die anstrengende berufliche Thätigkeit. Er hält für nötig, daß jungen Mädchen unter 16 Jahren das Treten an der Nähmaschine untersagt wird, daß während der Menstruation und während des Wochenbettes die Arbeiterinnen sich der Arbeit enthalten und daß die Maximalgrenze der Arbeitszeit auf täglich 10 bis 11 Stunden festgelegt wird. Dr. Schäffer ist der Ansicht, daß die Nähmaschinenarbeit an sich nicht mehr oder minder eine Gefahr für die Erkrankung der weiblichen Genitalorgane biete als andere Berufsarbeiten. Wenn die Nähmaschinen-Arbeiterinnen schlechter daran sind, so liege die Ursache in den ungunstigen Wohn- und Arbeitsbedingungen. Eine Folge hiervon sei ein stärkerer Zutritt dieser Arbeiterinnen zur Prostitution. Dadurch, daß die Nähmaschinen-Arbeiterinnen nicht unter Aufsicht der Poretschaft, wie die Dienstmädchen, stehen, sondern für sich arbeiten, sei der ansehnliche Geschlechtsverkehr mehr verbreitet; außerdem rekrutieren sich diese Arbeiterinnen meistens aus kranken Frauen. Aus diesen Ursachen heraus ergebe sich der innere Zusammenhang für die stärkere Erkrankung. Dr. Falk ist auf Grund seiner Untersuchungen zu dem Ergebnis gekommen, daß die Nähmaschinenarbeit auf die Genitalorgane einwirke, weniger die Nähmaschinenarbeit mit Handbetrieb, eine besondere Gefahr für die Erkrankung bestehe aber nicht. Dr. Jadel hätte gewünscht, daß Straßmann seine Untersuchungen weniger nach persönlichen, als vielmehr nach sozialen Momenten anfaßte hätte. Es hätte unterschieden werden müssen, wie viel von den unterrichteten Arbeiterinnen im Fabrikbetrieb und wie viel in der Hausindustrie beschäftigt waren; nach den allgemeinen Erfahrungen scheine hervorzugehen, daß der Fabrikbetrieb gesündere Formen hat als die Heimarbeit. Tonn hätten auch die Altersabstufungen mehr berücksichtigt werden müssen. Straßmann hält eine Maximalarbeitszeit von täglich elf Stunden für ausreichend, während der Franzose Lapey, ein anerkannter Hygieniker, das Maximum für Nähmaschinen-Arbeiterinnen auf täglich 3-4 Stunden festgesetzt wissen will. Daß die Arbeiterinnen, wie von Straßmann vorgeschlagen wurde, nicht während der Menstruation und während des Wochenbettes arbeiten sollen, sei ja ganz schön, aber welcher Unternehmer läßt sich dies freiwillig gefallen? Und zum Schluß singe der Referent noch ein Loblied auf die Nähmaschine, die immer noch ihren Mann ernähre. Daß sich die Schädlichkeit der Nähmaschinenarbeit aber herausgestellt, dann ergibt sich für den Mediziner und Hygieniker nur die eine Schlußfolgerung: er hat darauf hinzuwirken, daß die soziale Gesetzgebung zu Gunsten der betreffenden Arbeiterschaft eingreife. Dazu gehöre die Unterstellung der Heimarbeiter unter die Arbeiterschutz- und Versicherungs-Gesetzgebung; das Verbot der Mitgabe der Arbeit nach Hause und der Nähmaschinen-Arbeit für Schwangere; Festsetzung einer gesetzlichen Maximal-Arbeitszeit und Unterstellung der Heimarbeiter unter gewerbliche Aufsicht. Dr. Sommerfeld ist der Ansicht, daß die Genital-krankheiten der Nähmaschinen-Arbeiterinnen nichts charakteristisches an sich haben; die Honorarlose und der ansehnliche Geschlechtsverkehr spiele dabei eine wesentliche Rolle. Eine bloße Krankenhaus-Statistik, die von vielen Zufälligkeiten abhängt, könne kein wirkliches Bild zeigen. Wesentliche Ursachen der Erkrankung seien die häusliche Thätigkeit, die überlange Arbeitszeit, niedrige Löhne, die mangelhafte Erholung und Ernährung und die damit verbundene unregelmäßige Lebensweise. In seinem Schlußworte betont auch Herr Straßmann, daß selbstverständlich wirtschaftliche und soziale Momente in der Erkrankung eine Rolle spielen. Er müsse das Loblied der Nähmaschinenarbeit weiter sagen, natürlich müsse sie sich in vernünftigen Grenzen halten. Die Gesetzgebung könne sich aber nicht darum kümmern, was die Arbeiterinnen zu Hause thun.

Die Zimmerer debattierten am Dienstag in öffentlicher Versammlung die Frage: Wie denken wir den Kampf zu führen gegen diejenigen Unternehmer, die den Stundenlohn von 60 Pf. noch nicht zahlen und welche Wirkung hat der Beschluß der Zahlstelle des Verbandes (eigene Sammlungen und eigenes Bureau) auf unsere Lohnbewegung? Die Versammlung war äußerst zahlreich besucht, der Cohn'sche Saal war sammt den Nebenräumen bis auf den letzten

Platz gefüllt. Die leidigen Organisationsstreitigkeiten, die aus Anlaß der gescheiterten Einigungsverhandlungen jezt wieder ausgebrochen sind, machten sich schon vor Beginn der Versammlung bemerkbar. Auf der linken Seite des Saales hatten die Anhänger des Vereins der Zimmerer Berlins, auf der rechten Seite die Anhänger des Zentralverbandes Platz genommen. Sowohl von links wie von rechts wurde ein Bureau von Mitgliedern der betreffenden Richtung vorgeschlagen. Die Abstimmung, welche unter lebhafter Unruhe vor sich ging, ergab die Annahme des von rechts vorgeschlagenen Bureaus mit K u b e als Vorsitzenden. Nimmere nahm der Vertrauensmann Fischer das Wort. Er warf einen Mücholik auf die vorgeschlagene Lohnbewegung und stellte es als Ziel der diesjährigen Bewegung hin, den Stundenlohn von 60 Pf. auf allen denjenigen Plätzen zu erringen, wo er noch nicht bewilligt, oder wieder zurückgezogen worden ist. Das müsse das Hauptziel der Berliner Zimmerer sein. Die Organisationsform läme erst in zweiter Linie. Die Streitigkeiten um dieselbe dürften nicht eine solche Ausdehnung annehmen, daß die Lohnbewegung darunter leide. Die Verbandsmitglieder haben nun beschlossen, in Zukunft ihre eigenen Wege hinsichtlich der Lohnbewegung zu gehen. Sie sagen, es könne nicht in der bisherigen Weise weiter gehen, denn es sei ein unhaltbarer Zustand, daß in öffentlichen Versammlungen, die zum großen Theil aus Indifferenten beständen, über die Taktik der Lohnbewegung Beschlüsse gefaßt werden. Das müsse allein Aufgabe der Organisationen sein. Wie dem auch sein möge, jezt komme es darauf an, die beginnende Lohnbewegung zu Ende zu führen und nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. Es werde ferner gesagt, das öffentliche Sammelwesen sei ein Stück lokaler Organisation. Das sei nicht zureichend. Wie notwendig die öffentlichen Sammlungen für Berlin sind, werde ja auch von zentralistischer Seite dadurch anerkannt, daß dieselbe jezt eigene Sammlungen eingeführt habe. Die Lohnkommission sei jezt unparteiisch gewesen und habe eine bestimmte Organisation einseitig zu fördern versucht. Durch die bisherige Form der Bewegung unter Leitung der Lohnkommission haben beide Organisationen gewonnen. Jezt aber treibe der Verband mit seinem Beschluß einen Keil in die Bewegung. Die Berliner Zimmerer seien mit dem bisherigen System der Bewegung zufrieden gewesen, deshalb solle man dasselbe nicht beseitigen, ehe man nicht etwas Besseres an dessen Stelle sehen könne. Der Redner brachte eine Resolution ein, welche besagt, daß schon jezt begonnen werden soll, den Stundenlohn von 60 Pf. auf den Plätzen, wo er noch nicht gezahlt wird, mittels Plakette zu erringen, falls zwei Drittel der dort Beschäftigten dafür sind; daß ferner an stelle der Infolge des Verbandsbeschlusses nicht mehr zu recht bestehenden Lohnkommission eine neue zu wählen sei, im übrigen aber die früher hinsichtlich der Lohnbewegung gefaßten Beschlüsse Geltung behalten sollen. (Lebhafte Beifall links.) Nichter beantragt, diejenigen Kameraden, welche nicht mehr im Beruf thätig sind und daher kein Recht hätten, in Fragen des Berufs mitzureden, hinauszusenden. (Großer Tumult, Rufe: Schweigt Nichter raus.) Der Antrag wird abgelehnt. Weber's (Verband) bedauert den Antrag Nichter und fährt weiter aus, Fischer habe sich zwar als unparteiisch bezeichnet, aber er habe soeben große Parteilichkeit gezeigt, denn er habe dem Verband das Schwere auf die Brust gesetzt und denselben zu durchbohren versucht. (Geschlächter.) Die Lohnbewegung sei nicht zu Gunsten aller Kameraden angefallen, jezt werde den Verbandsmitgliedern der Vorwurf gemacht, als ob sie daran schuld wären. Gegen die Forderung des 60 Pfennig-Stundenlohnes seien Mitglieder beider Organisationen gewesen, weil sie denselben nicht für durchführbar hielten. Der Redner kommt auf die Einigungsverhandlungen zu sprechen und sucht darzulegen, daß die Verbandsmitglieder nicht schuld seien an dem Scheitern derselben. Er wird mehrfach von Zwischenrufen und Unruhe auf der linken Seite unterbrochen. Der Beschluß der Zahlstelle des Verbandes sei eine Folge der Drangsal, welche die Vereinsmitglieder gegen Verbandsmitglieder auf den Arbeitsplätzen ausüben. (Tumultuarische Unterbrechung von der linken Seite her.) Dorf. K u b e: Es sind nur wenig Inhaber hier und zwar ausschließlich Vereinsmitglieder. (Erneute Unruhe.) Weber's fährt fort: Die Verbandsmitglieder haben bisher an den Beschlüssen festgehalten, da aber in den öffentlichen Versammlungen die indifferente Masse einen entscheidenden Einfluß hat, muß die Entscheidung über Lohnbewegungen in die Organisation verlegt werden. Redner ersucht um Ablehnung der Resolution Fischer. K u b e (Verband) führt aus, die Verbandsmitglieder seien für Erhaltung dessen, was in der Lohnbewegung errungen sei, sie hätten auch bei den Einigungsversuchen die möglichsten Konzessionen gemacht, und nur der Hartnäckigkeit auf der anderen Seite sei es zuzuschreiben, wenn die Einigung gescheitert sei. Die Sammlungen, welche die Zahlstelle jezt vornimmt, beruhen auf einem Beschluß der Generalversammlung, der die Leitung eines Lohnfonds fordert. Die Verbandskammeraden haben mit dem bisherigen System, wo Zufallsmajoritäten in öffentlichen Versammlungen über die Lohnbewegung entscheiden, gebrochen. Die Verbandsmitglieder haben in der Lohnbewegung das meiste geleistet. Es solle ihnen gar nicht ein, einen Keil in dieselbe zu treiben, vielmehr werden sie nicht ruhen, bis auch der letzte Mann von Ihrer Seite zur Theilnahme an der Bewegung herangezogen ist. Der Redner stellt eine Resolution, welche das Verbot der Vereinsmitglieder in der Einigungskommission tadelt, und, da das System der öffentlichen Beschlußfassung in der vorgeschlagenen Lohnbewegung nicht die gewünschten Erfolge zeitigt hat, die Auflösung der Lohnkommission und Regelung der Lohnbewegung durch die Vorstände beider Organisationen verlangt, und zum Schluß für den Verband, als die beste Organisationsform plädiert. (Großer Tumult.) Schäffer (Verein) spricht über die Einigungsverhandlungen und tritt für Beibehaltung des bisherigen Systems ein, da die in öffentlichen Versammlungen gestellten Anträge immer von Organisten angegeben und vertreten werden, der Einfluß der Indifferenten also nicht so groß sei. Der Verbandsbeschluß werde die Folge haben, daß an einem Tage zwei öffentliche Versammlungen, von jeder Seite eine, stattfinden, daß ein Arbeitsplatz von einer Organisation gesperrt, von der anderen dagegen freigegeben wird. Um diesem unlieblichen Zustand zu entgehen, möge man an dem bestehenden System festhalten. (Auch dieser Redner wurde mehrfach von Unruhe auf der rechten Seite unterbrochen.) Ferner sprach noch P ä j e l e r (Verein) und K u b e (Verband). Ueber einen Schlußantrag erhob sich eine sehr lebhaft besprochene Debatte, dieselbe wurde unter großer Unruhe angenommen, als dann die Abstimmung über die Resolution Knüpfer vorgenommen werden sollte, erhob sich, namentlich auf der linken Seite großer Lärm, der sich dann auch auf die andere Seite des Saales fortplante, dazwischen sprachen einige Redner zur Geschäftsordnung, die sich jedoch kaum verständlich machen konnten in dem allgemeinen Lärm. Der Vorsitzende wollte nun die Resolution Fischer zur Abstimmung bringen, es war ihm jedoch nicht mehr möglich, den aufgeregten Lärm zu beschwichtigen, und die Versammlung endete mit polyglotter Auflösung.

Dereitschen und letzte Nachrichten.

Gestemünde, 2. Februar. (W. Z. B.) Der letzte Sturm hat zahlreiche Schäden auf See angerichtet. Der heute zurückgekehrte Fischdampfer „Sagitta“ hatte den Steuerman im Sturm verloren. Vom Bremerdampfer „Orion“ wurden drei Mann über Bord geschleudert. Zwei Mann wurden gerettet. Der Steuermann erkrankt. Heute herrscht wieder Nordweststurm.

Wien, 2. Februar. (W. Z. B.) Heute fand ein Ministerrath statt, in welchem Wahrgeländigkeit des Generalrats der Studenten beschlossen wurden. Der Unterrichtsminister soll die Ermächtigung erhalten haben, die deutschen Hochschulen zu schließen, falls sich die Studenten-demonstrationen der letzten Tage wiederholen.

Vergano, 2. Februar. (W. Z. B.) Bei dem Einsturz einer Spinnet in Manzano sind, wie nunmehr festgestellt ist, sechs Arbeiter getödtet und viele verwundet worden, darunter acht schwer.

Konstantinopel, 2. Februar. (W. Z. B.) In Palästina und in der Umgebung von Brussa haben heftige Erdbebenwogen stattgefunden; zahlreiche Personen sind verunglückt und große Schäden sind verursacht worden.

Herrn Hülle's Massenfabrikation.

Vor uns liegt eine kleine Schrift „Der Vaterlandsverein. Nachrichten aus der Arbeit. Berlin 1897. Schriften-Vertriebsanstalt.“ Sie ist etwa das, was für einen Bleichfabrikanten oder ein Manufakturhandlungs-Preisverzeichnis und Geschäftskatalog ist, und man muß es dem in letzter Zeit vielgenannten christlichen Pastor lassen, er betreibt den Patriotismus und die Umsturzbekämpfung sehr industriell und sehr freimütig.

Das Geschäft besteht seit etwa vier Jahren in Berlin, als selbständiger Zweig des Christlichen Zeitchriften-Vereins. Es fabriziert und liefert „zur Gegenagitation gegen die Sozialdemokratie: 1. Zeitchriften. 2. Flugblätter. 3. Kalender. 4. Broschüren. 5. Patriotische Schriften.“

Die Zeitchriften sind vorwiegend für ehemalige Soldaten zubereitet. Gerade auf diese Volksschicht sucht der Vaterlandsverein seine Agitation zu erstrecken. Es sind dies die Angehörigen der Reserve sowie diejenigen Familienmitglieder auf dem Lande, welche mit Treue die Erinnerung an ihre Militärdienstzeit behalten und den Geist pflegen wollen, in welchem sie im Dienst des Kaiserthums erzogen wurden; es sind dies ferner die Angehörigen der Kriegervereine, die kleinen Beamten der Eisenbahn, der Post, des staatlichen und des kommunalen Dienstes, die kleinen Handwerker, die Schiffer, die Gewerbetreibenden auf den Dörfern, die Bildner und Rätber, die Tagelöhner, die ländlichen und industriellen Arbeiter in denjenigen Bezirken, die noch nicht oder unzureichend organisiert sind. Vertrieben werden: Das Eisene Kreuz, „in der Sprache des Landvolkes Politik machend“, Die Kaiserzeitung, lediglich patriotisch und von soldatischem Geiste“, „Strukturer Familienfreund“, der „Neue Korrespondent“, letzterer wöchentlich dreimal ausgegeben, wie es scheint, eine Art laufender Verforgung der kleinen Kreisblätter und Wähler mit dem nöthigen Pulver von Schimpfwörtern und Entstellungen.

In Briefungen erscheint dann ferner „Aus aller Welt“, ein Gegenunternehmen gegen die „Freien Stunden“ unserer Parteibuchhandlung. Diese „Freien Stunden“ sind Revolutionsliteratur. Der beispiellos billige Preis sollte die Freunde des Volks veranlassen, mit der Einführung von „Aus aller Welt“ an ihrem Orte vorzugehen, ehe der Feind mit den „Freien Stunden“ da ist.

Dann kommt die Empfehlung des reichhaltigen Lagers an Flugblätter aller Art: 15 patriotische Flugblätter, so z. B. „Dankesbriefe und Kriegsmarine, unsere Flotte, oder Wer ist ein Demokrat? — 21 ehrliebe Flugblätter wie: Spare was, so hast Du was, Das Trinken, oder Etwas für Eheleute — 7 Flugblätter für ländliche Arbeiter: Bleibt auf dem Lande, Religion ist Privatsache u. s. w. — 12 Flugblätter für Banern: Wölfe im Schafspelz, Bauerntänzer, Wie sie wählen, Freisinn und Landwirtschaft, Wer verdammt das Volk — 28 Flugblätter endlich gegen den selbsthätigen Gottseibeiuns selber, gegen die sozialdemokratische Agitation unter der Arbeiterbevölkerung und unter den Handwerker“, darunter: Wie bekämpfen wir den Umsturz, Der Streit, Vereinsgesetz, Einlad für Stück 1 Fernig, 200 Exemplare 1,50 Mark, 500 Exemplare 3, 1000 Exemplare 5, 10000 10, jedes weitere Tausend 4 Mark!

Der Deutsche Hauskalender ist für sechszehn verschiedene Predigten verschieden zugeschnitten, wer ihn nicht zur Verbreitung erwünscht, macht sich einer „Sammeltätigkeit und einer Verschönerung am Heiligsten schuldig“, da sonst die sozialdemokratischen Kalender an Einfluss gewinnen. „Das Vaterland“ benimmt sich ein weiterer „patriotischer“ Kalender, der jedoch noch in einer eigenen Ausgabe B für Soldaten unter das beglückte Volk gebracht wird. Drittens wird der Semanns-Kalender empfohlen, und viertens „Der Eisenbahner. Kalender für die Angestellten der Eisenbahn“, alles christliche Volksbücher, im Umfang von 4 Bogen und in 4^o Format, die sich aufs leichteste verteilen lassen.“ Der Preis beträgt 25 Pf., bei 100 Stück 13 Pf. Für 10 Pf. versorgt dieser große Abnahmehändler noch Arbeiter mit dem „Feierabend“, und Frauen und Mädchen mit den „Freigen Händen“. Von dem Kalender für Knaben und Mädchen endlich (Jugendkalender) wird der Preis nicht mitgeteilt.

Dann geleitet uns unser Führer durch die Broschürenabteilung.

Ein Hauptagitationsmittel für die sozialdemokratische Bewegung bilden die von der Partei herausgegebenen Broschüren. Der Vaterlandsverein hat es unternommen, in dem von ihm herausgegebenen Broschüren „Zyklus eine Gegenwirkung zu schaffen. Von den Broschüren des Vaterlandsvereins, die unter dem Titel Zeitfragen erscheinen, ist der erste Zyklus herausgekommen. Als ein rother Faden zieht sich durch alle sechs Broschüren die Kennzeichnung der Umsturzwende der Sozialdemokratie, ihrer Tagespresse und ihrer Parteischriften, ihrer Prinzipien und ihrer Kampfweise. Der Zweck ist, in bürgerlichen Kreisen nicht falsche und mütterliche Auffassungen über die Sozialdemokratie aufkommen zu lassen und insbesondere Geistlichen und Lehrern, sowie den Rednern in Volksversammlungen und in Vereinen ein zuverlässiges und fleißig gesammeltes und gesichtetes Material für die Bekämpfung der Sozialdemokratie zu bieten. Wir glauben nicht, daß es möglich ist, sich leichter und zuverlässiger über die Sozialdemokratie zu informieren, als es durch diese Broschüren geschieht, die bei ihren außerordentlich billigen Preisen in allen patriotischen Kreisen die weiteste Verbreitung verdienen. Der erste Band „Zeitfragen“ enthält folgende Broschüren:

- Heft 1. Die sozialdemokratische Presse.
2. Jakobiner und Sozialdemokraten.
3. Die „Wissenschaft“ der Sozialdemokratie.
4. Die sozialdemokratische Partei-Literatur.
5. Die kommunistische Gesellschaft.
6. Geschichtsmaterialismus und Religion.

Zur Belehrung, insbesondere über die Aufgaben der Presse im Kampfe gegen den Umsturz dienen die sogenannten „Arbeits-Broschüren“, von denen bis jetzt 13 erschienen sind.

Dann ist Herr Hülle bestrebt, „patriotische Schriften ins Volk zu bringen, sowohl in der Form von neuen Volksbüchern, als auch in der Form von Gelegenheitschriften für patriotische Feste, sowie patriotische Schriften allgemeinen Inhalts. Er ist bestrebt, eine Art von patriotischer Kleinliteratur zu schaffen, die allenthalben im Volke verbreitet werden und die patriotischen Bestrebungen wecken soll.“ Hier wird nicht bloß Wilhelm der Große als „Christ“ gefeiert, sondern auch neben Gustav Adolf der Großherzog von Baden und Prinz Heinrich in die Gallerie berühmter Männer und großer Vorbilder aufgenommen. Für Krieger- und Jünglingsvereine sind in Festspielen, lebenden Bildern, Motetten und Wandbildern eine billige Quelle hoher künstlerischer Genüsse eröffnet.

Auf diesem Gebiet kann Jahr für Jahr nicht genug Neues geschaffen werden, nach dem Grundsatze, daß für das Volk das Allerbeste eben gut genug ist. Hier gilt es, nicht bloß im besten Sinne volkstümlich, sondern auch modern zu sein, Neues zu bringen und nicht durch Wiederholung alter Stoffe zu ermüden. Christliche Bildung und Gesittung muß — frei von jeder Judringlichkeit (!) und Annatur — sowohl nach Inhalt wie nach Form einen Ausdruck finden, der den Ansprüchen der Gegenwart genügt. Diesem Ziele nachzustreben ist eine Aufgabe, die des Schwereits der Seiten werth ist.“ Besonders sollen auch die „populär gehaltenen Erörterungen über Naturwissenschaft, welche die Koportage den Lesern alljährlich zu vielen Tausenden in die Hände spielt“, bekämpft werden durch die Geisteserzeugnisse einer lauter christlichen Weltanschauung. Wir bitten daher — in diesem Appell an den Patriotismus und den Geldbeutel gipfelt die Broschüre —

Wir bitten daher alle löblichsten Männer in Stadt und Land, daß sie in den Vaterlandsverein eintreten und ihre Hilfe diesem unerschöpflichen Werke nicht entziehen. Mögen sie sich willig

studien lassen, Vertrauensmänner für ihren Ort zu werden, mögen sie es für eine Ehre halten, in unseren vom Lärm des Parteikampfes wiederhallenden Tönen für den König und für das Vaterland etwas thun zu können! Mögen sie, wenn Gott sie mit Gütern gesegnet hat, Geldopfer spenden für diesen hohen und heiligen Zweck. Auf zum Kampfe gegen den Umsturz!

Kann will ja schließlich ein Geschäft als Geschäft betrieben sein, auch wenn es im Namen des Vaterlandes und des Christenthums eröffnet wurde. Wir nehmen es daher Herrn Hülle nicht abel, daß er auf Preise hält und auch der privaten Wohlthätigkeit keine Schranken setzt. Man sieht jedoch, mit wie niedriger Wache und andererseits mit wie viel Eifer der Kampf gegen den „Umsturz“ von jener Seite geführt wird. Aber auch in der vorliegenden Schrift nimmt Herr Hülle die Behörden und die Vertretungen der ländlichen Gemeinden und Kreise in einer Weise in Anspruch, die deutlich zeigt, was in Wahrheit hinter ihm steckt und die uns veranlaßt, in einem besonderen Artikel darauf zurückzukommen. Es ist wahrhaftig nicht bloß das Reichs-Versicherungsamt in Berlin, das für den Abzug der Hülle'schen Massenfabrikate arbeitet.

Kommunales.

In der Angelegenheit des Teufels für die März-Gefallenen hat die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion beschlossen, der heute tagenden Stadtverordneten-Versammlung die folgende Resolution zur Beschlußfassung vorzulegen:

Die Versammlung nimmt mit Bedauern davon Kenntniß, daß der Magistrat ihrem Beschlusse vom 29. Dezember v. J. — betreffend die Errichtung eines Denksteins auf dem städtischen Friedhof der März-Gefallenen von 1848 — nicht beigetreten ist. Die Versammlung protestirt gegen die Auffassung, daß die Nichtausführung ihres Beschlusses durch die Rücksicht auf Wahrung und Förderung des Friedens in allen theilhabenden Kreisen geboten sei, und weiß sich hierbei in voller Uebereinstimmung mit der übergroßen Majorität der Berliner Bevölkerung, die gleich ihr in der Errichtung des Denksteins die Erfüllung einer Pflicht dankbarer Erinnerung erblickt. Berlin, den 3. Februar 1898.

Die Einrichtung chemischer Fabriken durch die Stadt Berlin zur Verwertung der bei der Gasreinigung sich ergebenden Nebenprodukte beschäftigt die städtische Gasdeputation in ihrer letzten Sitzung. Zunächst handelt es sich um die Verwertung des bei der Gasproduktion gewonnenen Ammoniakwassers, das zur Herstellung von schwefelsaurem Ammoniak (Sulfat) oder von konzentriertem Ammoniakwasser Verwendung findet. Bisher haben die städtischen Gasanstalten dies Nebenprodukt, von dem, wie der Vorliegende Stadtrat Nominal hervorhob, im letzten Etatsjahre allein weit über 870 000 Zentner gewonnen wurden, ohne weiteres an chemische Fabriken abgegeben. Bei Gelegenheit der Studienreise von Mitgliedern der Gasdeputation sind nun auch Anlagen besichtigt worden, wo das Ammoniakwasser auf eigene Rechnung der Gaswerke weiter verarbeitet und dann erst, mit entsprechend höherem Gewinn, an die Abnehmer verkauft wird. Der Bericht der Reiskommission läßt die Frage offen, ob sich derartige chemische Fabriken für die Berliner Gasverwaltung empfehlen würden, da die im Auslande bestehenden Anlagen mit jenen Betrieben zu verschiedene Ergebnisse erzielt hätten; im allgemeinen empfiehlt der Bericht das Ammoniakwasser bei einigermaßen günstigen Marktpreisen, wie bisher, unmittelbar zum Verkauf zu bringen. Da indes die Preise in den letzten Jahren besonders infolge der Massenimporten von Chile-Salpeter, aus dem ebenfalls schwefelsaure Ammoniak (Sulfat) fabrizirt wird, sehr herabgegangen sind, so war die Frage angeregt worden, ob man für Berlin nicht wenigstens eine Versuchsanstalt einrichten solle, um festzustellen, ob sich aus der Verarbeitung jener ungeheuren Menge nicht ein erheblich höherer Gewinn erzielen lassen werde. Mit Rücksicht auf die günstigen Ergebnisse, die einzelne Verwaltungen erzielt haben, beschloß die Deputation, dem Magistrat die Errichtung zweier Fabriken auf dem Gelände hiesiger Gasanstalten der Stadt, deren Raumverhältnisse dies gestatten, zu empfehlen. Gleichzeitig soll aber auch vor Beendigung der jetzt noch laufenden und bis zum Jahre 1900 abgeschlossenen Verträge eine öffentliche Ausschreibung des gewonnenen Ammoniakwassers erfolgen, von deren Ausfall es dann abhängig gemacht wird, ob die jetzt beschlossenen und inzwischen fertig zu stellenden Bauprojekte für zwei chemische Fabriken der Stadt zur Ausführung gelangen oder nicht.

Die Mitglieder des „Reiner-Kassenschusses“ zur Unterstüßung der durch Umwetter Geschädigten werden am nächsten Montag ihre letzte Sitzung abhalten. In derselben wird Bürgermeister Rischner die Vorklänge zur Vertreibung des vorhandenen Reibtrages von 200 000 M. zur Debatte stellen. Das Gesamtvermögen der Sammlungen für die Ueberlebenden hat, soweit die Haupt-Stiftungskasse des Berliner Magistrats als Zentralstelle in Frage kommt (einschließlich der Millionenpende der Stadtgemeinde selbst), die Summe von rund 3 180 000 M. ergeben. Das Zentralkomitee wird in seiner demnächst stattfindenden Schlusssitzung den Bericht des Reiner-Kassenschusses entgegennehmen und sodann seine Auflösung beschließen.

Lokales.

Wahlverein für den 4. Kreis, Südost. Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß die geplante Besichtigung des Nils für Obdachlose in der Wiesenstr. 54/59 am Sonntag, den 6. Februar, stattfindet. Als Treffpunkt ist der Bahnhofs-Gesundbrunnen festgesetzt, und zwar mittags 12 Uhr. Um recht zahlreiche Theilnahme der Mitglieder und deren Familien ersucht Der Vorstand.

Achtung, Mitglieder der „Freien Volkshöhne“! Der starke Besuch des Vortragsabends „Die Reise nach Spitzbergen“, sowie die Thatsache, daß ein großer Theil unserer Mitglieder keinen Zutritt mehr zum Saal erhielt und eine baldige Wiederholung dieses Vortrags forderten, veranlaßt den Vorstand, einen zweiten Vortragsabend am Mittwoch, den 9. Februar in Keller's Festsaal zu arrangiren. Herr Dr. Wilhelm Meyer, früher an der „Urania“, wird wiederum als Vortragsthema wählen „Die Reise nach Spitzbergen“ und an 160 Projektionsbildern die großartigsten, abwechslungsreichsten Szenarien dieser Reise vorführen. Das Entree beträgt pro Person 20 Pf. Bilets sind vom Freitag, den 4. Februar ab in den Zahlstellen von Fr. Jubel, Lindenstr. 106; Gottfried Schulz, Rottbuser Thor; A. Hoffmann, Blumenstraße 14; und E. Weyer, Veteranenstr. 13, zu haben.

Der Vorstand. J. A. G. Winkler. Zur Lokalfeste. Der Freientlub Thierchen feiert am Sonnabend, den 5. d. M., bei Schwarz, Bandelstraße, sein Stiftungsfest. Der Ringsportverein Florenz veranstaltet am 19. d. M. in Gratweil's Bierhallen, der Klub Tanuhäuser am 5. d. M. im Handwerkervereinshaus ein Maskenball. Wir ersuchen die Genossen, Bilets zu diesen Vergnügungen unter allen Umständen zurückzugeben, die genannten Lokale werden zu Arbeiter-Versammlungen nicht hergegeben. Ebenso verhält es sich mit dem Schäfer'schen Gesangsverein der Eiser, welcher am 19. Februar in dem Concordia-Saal, Andreasstraße, ein Vergnügen veranstaltet. Die Lokalkommission.

Ueber einen seltsamen Ueberfall meldete der gestrige Polizeibericht: Mit den Beinen an einem Pfostenhaken hängend, wurde am Sonntag der 66jährige Schuhmacher Thon in der Kriegerstraße aufgefunden. Nachdem er aus seiner Lage befreit war, gab er an, er sei von zwei Männern überfallen und in dieser Weise aufgehängt worden. Wir erfahren über den eigenartigen Vorgang folgendes: Der Schuhmachermeister Thon wohnt im Keller des Hauses Kriegerstraße 24, Ecke der Scharnhorststraße. Am Sonntag Nachmittag besand er sich allein in seiner nach der Scharnhorststraße gelegenen Werkstätte, während seine Frau nach Oranienburg gefahren war. Gegen 5 Uhr wurde plötzlich die Kellertür geöffnet und zwei Männer traten herein, die sich erkundigten, ob sie alte Stiefel haben könnten. Herr T. kam nun von seinem Werkisch herunter, kaum stand er jedoch den beiden gegenüber, als ihm einer der Männer einen Faustschlag auf den Kopf versetzte; sodann wurde er von beiden zu Boden gerissen. Dieser Angriff erfolgte so überraschend schnell, daß der 66jährige Mann weder Widerstand leisten noch um Hilfe rufen konnte. Alsdann nahmen die Männer einen Sattelriemen, welchen T. auf seinem Werkisch zu liegen hatte, und welchen er an demselben Abend zu seinem Schwiigersohn trug; und hängten T. dann mit den Füßen an einem eisernen

Reihen der ordentlichen Straßenreinigungsbearbeiter eintreten. Vielfach geben sie die Arbeit schon nach kurzer Zeit wieder auf. Bei einer Kopfszahl von 200 sind im Jahre 1896/97 248 Burschen durch die Verwallung gegangen. Viele Stellen haben im Laufe dieses Jahres 7-8 Mal neu besetzt werden müssen. Häufig, besonders im Sommer, hat geradezu zeitweiliger Mangel an Erfsah geherrscht, so daß frei gewordene Stellen nicht gleich wieder besetzt werden konnten. Die Straßenreinigungsdirektion ist der Ansicht, daß unter diesen Verhältnissen, die die ordnungsmäßige Ausbildung des einzelnen erschweren, die Burschen im allgemeinen weniger Nutzen als Kerger und Beslegenheiten bringen. Die Zahl der Burschen ist daher, trotz der weiteren Ausdehnung des asphaltirten Straßengebietes, schon seit zwei Jahren nicht weiter vermehrt worden und soll es einweilen auch in den nächsten Jahren nicht werden. Merkwürdig ist bei dieser ganzen Angelegenheit, daß die Berichte der Straßenreinigungsdirektion, die sich über die angeblich durchaus günstigen Lohn- und Arbeits-Verhältnisse der Straßenreinigungsbearbeiter und über deren vermeintliche Zufriedenheit mit ihrer Lage immer sehr redselig äußern, mit keinem Worte auf die zu vermuthenden Ursachen der Unbeständigkeit des Burschenpersonals eingehen. Augenscheinlich halten die Burschen ihre Lohn- und Arbeits-Verhältnisse — sie bekommen pro Tag 1,60 M. — keineswegs für besonders günstig und sind mit ihrer Lage durchaus unzufrieden. Vielleicht würde ihre Beständigkeit und Ausdauer größer werden, wenn die Verwallung ihr angeblich so außerordentlich großes „Wohlfühlen“ für die Straßenreinigungsbearbeiter auch auf die jüngeren Leute ausdehnen und für diese eine Lohnausbesserung beantragen wollte. Schon das muß auffallen und zu denken geben, daß nur wenig Söhne von Straßenreinigungsbearbeitern in die Burschenabtheilung eintreten, während man anfangs gerade von diesen das Gegenheil erwartet hatte. Die Väter wissen eben aus eigener Anschauung, was den Söhnen winkt, wenn sie „Rephalburische“ werden. Um die Burschen zu größerer Gemüthsruhe und Beständigkeit zu erzielen, griff die Direktion vor mehreren Jahren begierig nach einer Hilfe, die ihr vom Christlichen Verein junger Männer“ angeboten wurde. Dieser Verein trat 1893 in der Absicht, eine „Missionsarbeit“ unter den Burschen zu beginnen, mit der Direktion in Verbindung und erhielt von ihr, wie kirchlich gestimmte Blätter damals berichtet, sofort „Zustimmung zu der Arbeit und auch freundschaftlichen Rath“. Die Burschen besuchten gleich die erste, zu diesem Zweck vom Verein veranstaltete Versammlung in großer Zahl und viele von ihnen traten auch sofort als Mitglieder ein. Der erwartete Erfolg blieb freilich aus, und die „Rephalburische Mission“ wurde dann bald wieder aufgegeben. In den Berichten der Straßenreinigungsdirektion haben wir übrigens über jene erbauliche Episode niemals ein einziges Wort gefunden. Wir wurden jedoch von neuem daran erinnert, als wir in dem letzten Bericht lasen, wie sehr die Verwallung davon besorgt ist, daß ihre Arbeiter sich im allgemeinen noch wenig um das Vereinswesen kümmern. Wenn es sich um Vereine handelt, die die Interessen der Arbeiter erwecken, wenn die Arbeiter sich nach eigenem Ermessen organisiren wollen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, — dann steht es die Verwallung allerdings nicht gern, daß sich „ihre Leute“ daran betheiligen.

Religionswechsel. Eine hiesige Korrespondenz berichtet: Im vorigen Jahre sind in Berlin 75, vor zwei Jahren 68 Personen aus dem Judentum ausgetreten. Die Mehrzahl sind Philologen und Juristen, bei denen die Kaufbahn maßgebend für den Glaubenswechsel gewesen sein mag. Aus gesellschaftlichen Rücksichten dürften sehr Mitglieder der hiesigen Synagoge zum Christenthum übergetreten sein, die für die Berliner jüdische Gemeinde einen Verlust von etwa 5000 M. Gemeindefürern darstellten. Demen aus jüdischen Kreisen haben im vorigen Jahre genau 12 die Aufnahme ins Christenthum gesucht und gefunden. Hier ist in der Oaupfliche wohl die Rücksicht auf den künftigen Gatten maßgebend gewesen. Umgekehrt darf nicht verschwiegen werden, daß drei Christen wegen der Heirath mit Jüdinnen zum Judentum übertraten. Als Kuriosum mag erwähnt sein, daß die Tochter eines jüdischen Justizraths in der Provinz, die bereits getauft war, wegen der Heirath mit einem jüdischen Baumeister zum Judentum zurückkehrte. Die Zahl der Kinder jüdischer Eltern, die bald nach der Geburt getauft werden und am Religions-Unterricht in der Schule theilnehmen, nimmt stetig zu.

Das Vaterland und die Religion, das sind nur Kleidungsstücke. Auf diese foralistischen Dichterworte scheinen die hier in Betracht kommenden Leute ebenso zu schwören, wie gewisse Fürstentöchter, welche die Religion, die dem Volke bekanntlich „erhalten“ werden muß, geschwind wechselten, sobald sie sich mit einem ausländischen und andersgläubigen Potentaten verheirathen konnten.

Die gemischte Deputation zur Erörterung der Elektrizitätsfrage hielt gestern unter Vorsitz des Bürgermeisters Rischner ihre Schlusssitzung ab, in welcher noch einige Abänderungen des bereits im allgemeinen festgestellten Vertragsentwurfs beraten wurden. Der Entwurf eines hiernach mit den Elektrizitätswerken abzuschließenden neuen Vertrages wird nunmehr den städtischen Behörden zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis hat am gestrigen Tage einen Arbeitsnachweis für weibliche Dienstmädchen und häusliches Hilfspersonal (Aufwartensfrauen etc.) eröffnet. Der Arbeitsnachweis ist menschengleich — für die Dienstmädchen, die Arbeit- oder Dienstsuchenden haben eine Einschreibgebühr von 20 Pf. zu entrichten. Es ist nicht recht ersichtlich, warum nicht auch die Herrschaften ihren Obolus zahlen sollen.

In gansen des Acht Uhr-Ladenschlusses hat der kaufmännische und gewerbliche Hilfsverein für weibliche Angestellte zu Berlin eine Petition an den Reichstag abgefunden.

Jugendliche Diebe. Das Polizeipräsidium theilt mit: Es sind zur Haft gebracht fünf schulpflichtige Knaben, die sich zur Begehung von Taschendiebstählen einverstandenemmaßen verbunden haben. In letzter Zeit haben sie nach dem Geständniß einzelner besonders am Fiskus Busch und am Stadtbahnhof Börse Taschendiebstähle angefaßt, wobei einem bisher noch nicht ermittelten Herrn ein Portemonnaie mit 200 M. gestohlen ist.

Ueber einen seltsamen Ueberfall meldete der gestrige Polizeibericht: Mit den Beinen an einem Pfostenhaken hängend, wurde am Sonntag der 66jährige Schuhmacher Thon in der Kriegerstraße aufgefunden. Nachdem er aus seiner Lage befreit war, gab er an, er sei von zwei Männern überfallen und in dieser Weise aufgehängt worden. Wir erfahren über den eigenartigen Vorgang folgendes: Der Schuhmachermeister Thon wohnt im Keller des Hauses Kriegerstraße 24, Ecke der Scharnhorststraße. Am Sonntag Nachmittag besand er sich allein in seiner nach der Scharnhorststraße gelegenen Werkstätte, während seine Frau nach Oranienburg gefahren war. Gegen 5 Uhr wurde plötzlich die Kellertür geöffnet und zwei Männer traten herein, die sich erkundigten, ob sie alte Stiefel haben könnten. Herr T. kam nun von seinem Werkisch herunter, kaum stand er jedoch den beiden gegenüber, als ihm einer der Männer einen Faustschlag auf den Kopf versetzte; sodann wurde er von beiden zu Boden gerissen. Dieser Angriff erfolgte so überraschend schnell, daß der 66jährige Mann weder Widerstand leisten noch um Hilfe rufen konnte. Alsdann nahmen die Männer einen Sattelriemen, welchen T. auf seinem Werkisch zu liegen hatte, und welchen er an demselben Abend zu seinem Schwiigersohn trug; und hängten T. dann mit den Füßen an einem eisernen

Falen, der sich in der Fällung der Verbindungsthar von der Stärke zur Weisheit befand auf. L. hatte inzwischen die Weisheit verloren; als er endlich wieder zu sich kam, waren die beiden Verdreher verschwunden. Durch sein Hilfesgeschrei wurde der in demselben Hause wohnende Gastwirth Noth herbeigerufen, welcher, nachdem er eine Scheibe der Leberthür zertrümmert und dann die von innen verriegelte Thür geöffnet, den Greis aus seiner Lage befreien konnte. Es war allerdings schon die höchste Zeit, da das Blut dem alten Mann derartig zu Kopf gestiegen war, daß es bereits aus Mund und Nase herausdrang.

Die vermehrten Anzeigen wegen nicht pünktlicher Innehaltung der Polizeistunde in Gastwirthschaften und die daraus erfolgten gerichtlichen Verurtheilungen vom Kammergericht hatten den Verband der Gast- und Schankwirthe für Berlin und Umgegend veranlaßt, an den Polizeipräsidenten Herrn v. Windheim eine Petition zu richten, in welcher derselbe gebeten wurde, ebenso wie sein Amtsvorgänger den Gastwirthen nach Eintritt der Polizeistunde noch eine Frist von einer Viertelstunde zu gewähren, um das Kaffeemachen zu ermöglichen und den Gästen Zeit zum Austrinken des bestellten Bieres zu lassen. In der Petition war gleichzeitig auf die Bevorzugung des Gebr. Mchinger hingewiesen und auf die Konkurrenz, welche den Gastwirthen durch den unerlaubten Winkelschank der sogenannten Flaschenbierhändler bereitet würde. Auf diese Petition ist dem Vorstande des Verbandes nunmehr folgende interessante Antwort des Polizeipräsidenten zugegangen:

Auf die Eingabe vom 1. Dezember v. J. erwidere ich dem Vorstande, daß hinsichtlich der Handhabung der Bestimmungen über die Polizeistunde in Schanklokalen keine Aenderungen getroffen worden sind. Auf die Nachsprechung des Kammergerichts steht mir ein Einfluß nicht zu. Die Behauptung, daß die Gebrüder Mchinger bei der Ertheilung von Schankkonzessionen und bei der verlängerten Polizeistunde bevorzugt werden, ist unbegründet. Von den 25 Lokalen der Genannten haben nur 4 die volle Schankkonzession, 13 Lokale sind — und zwar meist auf Grund von Erkenntnissen des Stadtsanctums — neben dem Bierauschank zum Ausschank seiner Liqueure berechtigt, 8 Lokale besitzen die sogenannte halbe Konzession, d. h. die Berechtigung zum Ausschank von Wein, Bier, Kaffee. Daß an andere Wirthe weitergehende Anforderungen bei der Konzessionierung gestellt werden, ist unrichtig. Der Kleinhandel mit Bier kann nach § 35 Absatz 4 der Reichs-Gewerbeordnung nur dann unterlagert werden, wenn der betreffende Gewerbetreibende nach dem 1. Januar 1897 wiederholt wegen Zuwiderhandeln gegen die Vorschriften des § 33 der Reichs-Gewerbeordnung bestraft worden ist. Bisher sind derartige Fälle hier nicht zur Kenntniß gekommen und hat daher eine Klage beim Bezirksauschuss auf Unterlagertung des bezüglichen Kleinhandels nicht erhoben werden können. v. Windheim.

Nach dieser Antwort des Polizeipräsidenten besteht also die Respektfrist von einer Viertelstunde nach Eintritt der Polizeistunde für die Schankwirthschaften nach wie vor und die fälligen Anzeigen sind nur auf ungenügende Instruktion der Schankwirthschaften zurückzuführen. Die Gastwirthe erwarten daher, daß der Polizeipräsident nunmehr eine dießbezügliche generelle Instruktion an die kontrollirenden Beamten erlassen werde.

Ein schwerer Vorfall hat sich am Mittwoch Morgen gegen 8 1/2 Uhr am Grundstück Kronenstr. 9 ereignet, auf dem ein Neubau errichtet wird. Gestern Morgen waren mehrere Arbeiter dabei, noch einen Rest von alten Grundmauern auszubrechen. Sie fanden in einem etwa 3 Meter tiefen Schacht dicht an dem Mauerwerk. Um ein etwa 1 1/2 Meter im Geviert messendes und 1 1/2 Meter dickes Mauerstück abzusprengen, schlug der 27 Jahre alte Maurer Wolf Haase aus der Thomastr. 4 zu Nixdorf einen Keil ein. Schnell, als man es erwartet hatte, löste sich das Mauerstück, weil es keinen Verband hatte, und stürzte auf Haase zu. Dieser konnte nicht schnell genug wegstommen, weil hinter ihm Erde lag, das etwa 10 Zentner schwere Mauerstück traf ihn und geschmettert ihn beide Oberschenkel. Die Mitarbeiter befreiten den Verunglückten aus seiner Lage und ließen ihn durch die nächste Unfallstation in ein Krankenhaus bringen.

Verhaftung des zweiten Cheddies. Der nächtliche Friesen-Verpächter, welcher mit dem frischenmiedigen Postbilsboten Stutz zusammen die beiden für die Firma Wolff bestimmten Cheds und durch Fällung derselben 35 000 M. an sich gebracht hat, ist in Köln verhaftet worden.

Ein weiblicher Sonderling. Seit 30 Jahren wohnte im Keller des Hauses Nr. 12/18 die jetzt 83 Jahre alte Wittwe Marie Götzler, die jedermann in ihrer Gegend unter dem Namen „Mutter Götzler“ kennt. Ihr Mann, der vor 30 Jahren starb, war Vorkessler und hinterließ seiner Frau ein kleines Vermögen, das sie jedoch in der Gründerzeit verlor. Seit dem Tode ihres Mannes wohnte Frau Götzler in dem Keller des genannten Hauses in einer Stube und Kammer. Die Kammer aber überließ sie schon vor Jahren ihren zahlreichen Wohnungsgenossen: 2 Papageien, 17 Kanarienvogeln, 6 Tauben und einem Hund. Seit Sonntag Morgen war die Alte nicht mehr zum Vorschein gekommen. Am Montag Nachmittag wurden die Nachbarn auf ihre Wohnung durch das Bellen des Hundes aufmerksam. Auch die Tauben zeigten ein verändertes Wesen, indem sie unruhig am Fenster hin- und herflatterten. Da die Thür verschlossen war, so holte man die Polizei, die die Wohnung öffnen ließ. „Mutter Götzler“ lag bewußtlos aber noch lebend auf dem Bette, ihre Thiere waren halb verhungert und verdurstet. Unter den Händen des Arztes kam die Alte bald wieder zu sich, sie hatte wohl nur infolge ihres hohen Alters einen Schwächeanfall erlitten. Während man Mutter Götzler pflegte, nahmen sich andere Hausbewohner auch der Thiere an. Da man die alte Frau nicht zu länger allein lassen konnte, so wurde beschlossen, sie in das städtische Siechenhaus zu bringen. Gestern Nachmittag kamen Beamte des Thiersehens mit einem Wagen und holten unter großem Jubel aus der ganzen Nachbarschaft die Menagerie ab.

Vor den Augen ihres Bräutigams hat sich am Dienstag Abend gegen 10 Uhr die 23jährige Martha Falkenberg den Hals zu durchschneiden versucht. Sie hatte sich mit ihrem Liebhaber zerstritten. Vorgestern Abend begab sie sich nach einer an der Ecke der Wein- und Meinerstraße belegenen Gastwirthschaft, in welcher auch der Bräutigam zu verkehren pflegte und plauderte dort mit anderen Gästen, bis etwa gegen 10 Uhr abends der Erschnte ebenfalls die Wirthschaft betrat. In diesem Augenblick erhob sich das Mädchen von seinem Platze, trat an den Ladentisch und nahm ein auf dem Tisch liegendes Brotmesser. Noch ehe die bestürzten Gäste es zu hindern vermochten, hatte sie sich die Brust mit einem kräftigen Schnitt eine Wunde, etwa 20 Zentimeter lange Wunde am Halse beigebracht. Einem sofort hinzugerufenen Arzt gelang es, durch rechtzeitiges Unterbinden die Gefahr einer Verblutung zu verhindern. Die Schwerverletzte wurde durch einen Schuttmann dem städtischen Krankenhaus Friedrichshain zugeführt.

Die Wohnheiten, mit denen in der H. i. l. i. e. n. H. e. r. g. e. n. zuwärtigen die Arbeitlosen seitens gewisser Angestellter behandelt werden, haben wir schon häufig tabula müssen. Es scheint, daß die Klagen von seinerlei bessernder Wirkung begleitet sind, denn von Zeit zu Zeit gehen uns immer neue Klagen zu. Ein Leser, der am Sonntag Zeuge einer skandalösen Szene war, schreibt uns: „Am Sonntag führte mich mein Weg zur Herberge in der Auguststraße. Dort hatten sich am Tage sämtliche Anwesenden im großen Versammlungssaal auf. Etwa um 2 Uhr nachmittags begann der Handwerker, ein robuster Mensch von etwa 22 Jahren, in Gegenwart von ungefähr zweihundert Personen den Saal mit Besen und Schaufel regelrecht auszureinigen. Wie es nun in der Herberge Sitte ist, wurden alle Anwesenden mit rauen Worten aufgefordert, sich von ihren Plätzen zu erheben, um dann, umgeben von dicken Staub- und Schmutzwolken, sich noch die Stiefel und Kleider mit Abrieb beschneltern zu lassen. Im hinteren Theile des Saales fand nun der Diener einen alten mürren Mann, auf den Tisch geschaut, schlafen liegen. Nachdem er ihn am Krage gepackt und emporgesogen hatte, ließ der Mann die Bemerkung:

fallen: „Na, na, treib es man nicht zu doll, mach' es man halbwegs“, worauf der Hausknecht mit den Worten: „Was, Du willst hier noch aufmucken?“ den alten Mann vor die Thüre beförderte. Dort stürzte er zu Boden. Dann bearbeitete dieser Hausknecht den Greis noch mit den Fäusten; nicht zufrieden damit, ließ er sein Opfer die Treppe hinter der Thüre beginnende Treppe von etwa 15 Stufen hinunter. Die Zeugen des Vorganges glaubten, der Mann würde überhaupt nicht mehr aufstehen, denn er war direkt auf Kopf und Rücken gefallen. Nachdem der Unmensch dem Alten noch den Hut nachgeworfen hatte, setzte er zurück und drängte die Zuschauer in den Saal hinein. Alles dieses war das Werk eines Augenblicks. Als der Hausknecht an den Diener die Frage richtete, was denn der Mann verschuldet hätte, gab jener lächelnd zur Antwort: „Der Keel fing an frech zu werden.“ Damit war die Sache erledigt. Bei meinem Weggehen fragte ich den stellvertretenden Hauswirth, wie es denn komme, daß ein alter armer Mann derartig behandelt werden könne; die Antwort darauf war: „Die Kerls müssen energisch behandelt werden, es geht nicht anders, übrigens geht Sie die Sache gar nichts an.“

Und wild an der rohen Handlungsweise sind. Es wäre ihre Pflicht gewesen, dem Hausknecht ganz energisch zu bedeuten, daß man selbst in einer christlichen Herberge unter allen Umständen Menschlichkeit zu üben hat.

Feuerbericht. Ein Kellerbrand rief die Wehr Dienstag Abend 8 1/2 Uhr nach Kolbergerstr. 26. Ein Aenderungs- und verschleiende Wirthschaftsgeräthe gingen hier in Flammen auf. Mittwochs früh 7 1/2 Uhr brannte Exerzierstr. 9 ein Posten Tabak. Abends 7 Uhr erfolgte Alarm nach Hochstr. 20, wo in einer Holzbearbeitungsfabrik ein Werkzeugschrank und ein Haufen Hobelspane in Brand gerathen waren. Glücklicherweise war Hilfe schnell zur Stelle und konnte der Gefahr eines ausgedehnten Brandes noch rechtzeitig vorgebeugt werden.

Luisen-Theater. Die Soubrette Anna Müller-Linde ist von der Direction des Luisen-Theaters auf ein weiteres Jahr verpflichtet worden. Für die nächste Saison sind ferner für diese Bühne noch einige bedeutende Kräfte in den ersten Rängen gewonnen worden, die es der Direction ermöglichen, auch die größeren Rollen, wie die „Wallenstein Trilogie“, „Romeo und Julia“, „Damis“, „Die Jungfrau von Orleans“, „Don Carlos“ und den „Hörs“ in künstlerisch begabter Besetzung zur Aufführung zu bringen, auch sind fünf verschiedene moderne Novitäten auf dem Gebiete des Schauspiels und Volkstheaters erworben worden.

Aus den Nachbarorten.

Unabhängige Lehrerfreundschaft in Schöneberg. Die Angelegenheit der Lehrerbildung hat am Dienstag in der Schöneberger Gemeinde-Vertretung zu stürmischen Ausritten geführt, und namentlich auf den Tribünen, die von der Schöneberger Lehrerschaft vollständig überfüllt waren, ging es äußerst lebhaft her. Am 8. November v. J. war angesichts der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen von der Gemeinde der Beschluß gefaßt worden, die Lehrergehälter um ein Bedeutendes zu erhöhen. Die „Liberale“ wollten die Lehrer für sich zu gewinnen und diese mögen bei den Wahlen auch tapfere Dienste geleistet haben. Als aber die Wahlen zu Ende waren, kriegte man herauf, daß in den Nachbarorten von Schöneberg niedrigere Lehrergehälter gezahlt werden, als in der neuen Stadt selber. Das Ergebnis der erregten Verhandlungen vom Dienstag war dann schließlich die Aufhebung des Beschlusses vom 8. November und die Annahme des Antrages Schmiel, wonach für Schöneberg nunmehr folgende Lehrergehälter definitiv festgesetzt sind: Für die Rektoren: 2200 M. Grundgehalt, 600 M. Wohnungsgeld-Zuschuß und 200 M. Alterszulage; für die Lehrer: 1300 M. (Wdg.), 500 M. W.-Z. und 200 M. A.-Z.; für die wissenschaftlichen Lehrerinnen: 1100 M. Wdg., 300 M. W.-Z. und 100 M. A.-Z.; für die technischen Lehrerinnen: 900 M. Wdg., 300 M. W.-Z. und 100 M. A.-Z. Als dieser Beschluß gefaßt wurde, verließen die Lehrer unter allgemeinem Zuzustimm und lauten Zeichen der Entrüstung die Tribünen. Hoffentlich lassen sie sich nicht zum zweiten Male tödnen.

Zur Frage der Gestaltung der Handwerkskammer in der Provinz Brandenburg hat in Nixdorf eine Versammlung von Vorständen bezw. Vorständen sämtlicher dortigen Innungen Stellung genommen. Es wurde eine Eingabe an die Regierung in Potsdam bezw. an das Ministerium für Handel und Gewerbe beschlossen, in welcher beantragt wird, für Berlin eine besondere Handwerkskammer, und, wenn möglich, für jeden der beiden Regierungsbezirke, auf jeden Fall aber für die Provinz Brandenburg — mit Ausnahme der Reichshauptstadt — eine eigene Kammer zu errichten.

Ein räuberischer Heberfall wurde gestern Nacht auf den in Nixdorf, Steinwegstr. 18, wohnenden Droschkenbesitzer Fiebich verübt. Als Fiebich nach Mitternacht heimkehrte und die Hofthür aufschloß, wurde er von drei Stroichen, die sich auf dem Dose vertorgen gehalten hatten, überfallen und zu Boden geschlagen. Die Räuber rissen ihm die Ledertröge aus, um ihm das Geld, welches der Droschkenbesitzer jedoch unter dem Mantel in der Brusttasche seines Rockes trug, abzunehmen. Auf die Hilferufe des Räubers eilten dessen Frau und verschiedene Hausbewohner herbei, denen es gelang, zwei der Stroiche festzunehmen, während der dritte entkam. Fiebich hat bei dem Kampfe mit den Räubern eine erhebliche Verletzung des rechten Auges davongetragen.

Die Wachtung der Gastwirthschaft Hundeküche im Ormeumwald ist nunmehr, wie dem „Gasthaus“, Organ des Deutschen Gastwirthsverbandes, von der k. u. k. Regierung zu Potsdam soeben bekannt gegeben worden ist. Dem Mitbesitzer des hiesigen Terminshotels, Herrn Hermann Otto, der ein Pachtgebot von 37 000 M. abgegeben hatte, übertragen worden, und zwar für den Zeitraum von 15 Jahren.

Gerichts-Zeitung.

Die Kriminalschuttmann Bartholz seines Amtes waltete, zeigte sich in einer Verhandlung, die gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II stattfand. Der Restaurateur Nikolaus Fuhler hatte im vorigen Jahre in der Jagruberstraße auf Charlottenburger Gebiet eine Kneipe mit Damenbedienung. Am Vormittag des 2. Juli hatte Fuhler einen Geschäftsgang gemacht und das Lokal während seiner Abwesenheit der Aufsicht seiner Ehefrau überlassen. Als er nach Hause kam, wurde ihm von seiner Frau, seiner Kellnerin und seinem Dienstmädchen mitgetheilt, daß ein Kriminalbeamter dagesessen sei, der die Kellnerin veranlaßt habe, mit ihm ein Glas Bier zu trinken und der dieselbe mit Gewalt neben sich auf das Sopha gezogen habe, worauf er sich als Kriminalbeamter vorstellte und mit einer Anzige drohte. Fuhler ließ sich auf Grund dieser Mittheilung sofort durch einen Winkelschuttmann eine Beschwerde an die Charlottenburger Polizeidirektion über das Verhalten des Kriminalschuttmanns Bartholz anarbeiten und sandte dieselbe ab, was die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Bartholz zur Folge hatte. Andererseits erhielt Fuhler ein Strafmandat über 8 M. wegen Uebertretung des § 9 der für Charlottenburg erlassenen Verordnung vom 14. September 1892, welcher den Kellnerinnen verboten, sich neben die Gäste zu setzen oder dieselben zu animiren. Fuhler beantragte gegen das Mandat richterliche Entscheidung, bis zu welcher seitens der Behörde das Disziplinarverfahren gegen Bartholz ausgesetzt wurde. Vor dem Charlottenburger Schöffengericht wurde dem Schuttmann Bartholz, der jede Provokation seinerseits bestritt, durch das damalige Dienstmädchen des Fuhler, die unverheiratete M. i. e. t. s. ch, eidlich ins Gesicht gesagt, daß er die Kellnerin provoziert habe. Das Schöffengericht in Charlottenburg hat die Glaubwürdigkeit der einander widersprechenden Zeugen nicht des weiteren geprüft, es gelangte aus rechtlichen Gründen zur Freisprechung, weil der Wirth nicht verantwortlich gemacht werden könne für eine Uebertretung, welche in vorübergehender Abwesenheit seitens einer Kellnerin begangen werde. Gegen dieses Urtheil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. In der vorigen Verhandlung vor der zweiten Strafkammer fanden sich die einzigen beiden Zeugen, der Schuttmann und das Dienstmädchen, ebenso widerspruchsvoll gegenüber,

wie vor dem Schöffengericht, weshalb der Gerichtshof noch weitere Beweiserhebung beschloß. In der gestrigen Verhandlung führte sich Kriminalschuttmann Bartholz damit ein, daß er den Verteidiger des Fuhler, Rechtsanwalt Ulrich (Konservativer Landtags-Abgeordneter) für einen Zeitungsbericht über die vorangegangene Verhandlung in Anspruch nahm, in welchem referirt wurde, daß der Verteidiger in seinem Glaubensbuche ihn einen „Agent provocateur“ genannt und sein ganzes Verhalten so dargestellt habe, daß es zum „Sozialdemokratisch-werden“ sei. Er, der Schuttmann, fühle sich dadurch beleidigt und er werde den Verteidiger verklagen. Der Vorstehende erwiderte ihm darauf: „Wenn man im öffentlichen Leben leidet, muß man sich manches gefallen lassen, da wird manches über einen geschrieben. Ich komme immer dadurch am besten darüber fort, daß ich solche Sachen gar nicht lese!“ Der Schuttmann blieb auch festern dabei, daß er nicht „provocirt“ habe, „als Polizeibeamter dürfe er so etwas gar nicht thun“, er gab jedoch in demselben Satze zwei recht bemerkenswerthe Umstände zu. Zunächst deponirte er unter seinem Eide, daß er sein ganzes Quartalsgehalt in Höhe von 320 M. in Gold bei sich führte, daß er dieses Geld der Kellnerin gezeigt und daß diese ihm darauf gesagt, daß er damit ihr die Augen verblenden könne. Ferner deponirte er, daß die Kellnerin nicht neben ihm auf dem Sopha, sondern nur auf der Lehne des Sophas gesessen habe, auf welchem er saß. Das Dienstmädchen Mielch hielt ihre frühere Aussage „Nig“ dem Schuttmann gegenüber aufrecht, die damalige Kellnerin ist aber nicht mehr zu ermitteln gewesen und die Ehefrau, die dasselbe bekundete, wie das Dienstmädchen, konnte als Ehefrau des Angeklagten nicht vereidigt werden, wodurch ihr Zeugniß juristisch wertlos wurde. Staatsanwalt Gung erklärte, es sei heutzutage sehr gebräuchlich, mit Hilfe von Winkelschuttmann und der Presse gegen die Beamten zu gehen. Der Gerichtshof schenkte dem Schuttmann mehr Glauben als dem Dienstmädchen, weil dieses nicht aus solcher unmittelbarer Nähe beobachtet habe wie der Schuttmann selbst. Die Rechtsfrage sei dahin zu lösen, daß da, wo ein juristischer Stellvertreter nicht bestellt sei, der Wirth persönlich die Verantwortung trage. Das Urtheil lautete daher auf 8 Mark Geldstrafe.

Eine Bierplauscherei ärgster Art kam in einer Verhandlung zur Sprache, welche gestern vor der 187. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand. Auf der Anklagebank befanden sich der Bäckerherrn Quast, die Restaurateurwitwe Sophie Schönewald und deren helbe Tochter Gertrud Goldschmidt und Marie Schönewald. Der Angeklagte Quast ist Geschäftsführer der Schönewald'schen Restauration in der Oranienstraße. Anfangs dieses Jahres erkrankten mehrere Kellner eine Anzeige, worin sie über die Geschäftsführung in der genannten Restauration haarsträubende Dinge offenbarten. Wenn sie Gläser mit stehengebliebenen Weinen nach dem Bäcker brachten, so würden die Bierreste nicht fortgeschossen, sondern von den Angeklagten würden die Gläser einfach wieder aufgefüllt und dies Gemisch wurde anderen Gästen ohne Wissen der Person wieder vorgefetzt. Ebenso werde das Tropfbiere und das Bier, welches sich in den Untersägen sammelte, zum Aufschäumen verbraucht. Einmal habe der Angeklagte Quast einen Champagnerkühler voll Bier aus dem Keller hervorgeholt. Es habe keine Spur von Schaum gezeigt und müsse der Rest aus einem unrichtigen Faße gewesen sein. Auch dies Bier sei mit gutem Bier vermischt und den Gästen vorgefetzt worden. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten völlig überführt, er beantragte gegen Quast 2 Wochen Gefängniß, gegen die Witwe Schönewald und deren älteste Tochter je 30 Mark, gegen die jüngere 10 Mark Geldstrafe. Der Gerichtshof erklärte nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Die freie Amerikanerin und das europäische Sklavensystem. In der Hofmann'schen Restauration spielte sich an einem Dezember-Abend des vorigen Jahres ein aufregender Auftritt ab. Hofmann, der ein Lokal mit Damenbedienung besitzt, hatte vor einigen Tagen neue Kellnerinnen erhalten, darunter eine Kreolin namens Alice Steer. Sie war eigentlich Artistin, hatte sich von einem Agenten in London als Kellnerin anwerben lassen, weil sie keine andere Stellung erhalten konnte. Der neue Versuch gelte für aus verschiedenen Gründen nicht, indessen verneinte sie ausdrücklich vor Gericht, daß ihr irgend welche Zumuthungen gestellt worden seien, welche gegen Sitte und Anstand verstießen. Einmal Abends erklärte sie dem Wirth geradeheraus, daß sie den Dienst verlassen wolle, um in den „Reichshallen“ aufzutreten. Der Wirth, der der englischen Sprache nicht mächtig war, versuchte ihr begreiflich zu machen, daß sie sich auf sechs Monate verpflichtet habe. Es mißlang ihm dies vollständig. Da betrat ein neuer Gast, der Zigarrenhändler Gartenberg, das Lokal, der mehrere Jahre lang in Amerika gewesen war. Dieser erbot sich, den Dolmetscher zu spielen und übertrug die Ausführungen des Wirthes. Das heiße Wort der Kreolin gerieth in Wallung, als sie hörte, daß sie auf ihrem Pöbel anzuhören habe, und als ihr gedroht wurde, daß man sie bei ihrem ersten Auftreten durch einen Schuttmann von der Bühne würde herunterholen lassen. Sie blieb dabei, daß sie eine freie Amerikanerin sei und niemand ihr etwas zu sagen habe. Schließlich gerieth sie in eine derartige Erregung, daß sie sich auf die Knie warf und mit erhobenen Händen einen sardischen Schwur that, daß sie den Dolmetscher, gegen den sich ihre ganze Wuth gefehrt hatte, diesen nichtswürdigen Sohn einer Hündin“ erschleichen würde. Sie sprach dann auf, eilte auf ihr Zimmer und kam mit einem sechsälstigen Revolver zurück, den sie ihren Kolleginnen zeigte und sich dann nach dem unglücklichen Opfer umfah. Gartenberg hatte es vorgezogen, seine Person in Sicherheit zu bringen; er kehrte mit einem Schuttmann zurück. Es zeigte sich, daß der Revolver garnicht geladen war. Fräulein Steer stand gestern unter der Kallage der Bedrohung vor der 189. Abth. des Schöffengerichts. Rechtsanwalt Dr. Schneider diente als Dolmetscher. Der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagte nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einer Geldstrafe von 5 Mark.

Polizeiliche Beschränkung des Baurechts. Der Kaufmann Engel in Berlin wollte ein Grundstück im Bezirk der Stadt Schneidemühl bebauen. Die Erlaubniß dazu wurde ihm jedoch mit der Begründung verweigert, daß das Grundstück nur 30 Meter von einem Pulverschuppen entfernt sei, während Wohnhäuser nach einem Ministerialerlaß von 1884 mindestens 700 Schritt von Pulverschuppen entfernt bleiben müßten. Die wesentlichen Bestimmungen des Ministerialerlasses sind einer Rabinetsordre vom 1892 entnommen. Engel klagte gegen die Polizeiverwaltung im Verwaltungsstreit-Verfahren auf Aufhebung der Verfügung, durch die ihn der Konfens verurteilt worden war. Er machte geltend, er sei in seinem Eigenthumsrecht unzulässigerweise beschränkt worden. Das von ihm erworbene Grundstück liege innerhalb eines Terrains, für das schon die Bauflächenlinien festgesetzt wären. Die Polizei dürfe ihm deshalb nicht sein Baurecht nehmen, sie müsse vielmehr dafür sorgen, daß der Pulverschuppen aus der Nähe der Stadt entfernt werde. Der Bezirks-Ausschuss wies die Klage zurück und das Ober-Vergewaltungsgewicht verwarf die hiergegen eingelegte Berufung mit folgender Begründung: Niemand dürfe in einer Weise bauen, die nicht polizeilich zulässig sei. Hier habe die Polizei auf Grund des § 10 II 17 Allgemeinen Landrechts die Erlaubniß verlangen können, da die Bewohner des projektirten Hauses durch die Nähe des Pulverschuppens gefährdet werden würden. Wiewohl es dem Kläger, im Aufschilde Wege Abhilfe zu schaffen.

Ein weiteres Strafverfahren gegen den Kriminalschuttmann Kiefer in Köln ist von der dortigen Staatsanwaltschaft eingeleitet worden, und zwar infolge eines Briefes, den das als Zeugin in dem letzten Prozeß gegen Kiefer vernommene Fräulein Hartmann aus Jülich kürzlich an die Staatsanwaltschaft richtete. Jenes Fräulein wurde, wie man sich aus dem Bericht über die Verhandlung erinnern wird, durch Kiefer sowie dessen Kollegen Siecher irrtümlich als Dirne verhaftet und während der Nacht auf der Wache festgehalten. In jenem Briefe macht die junge Dame überaus gravirende Angaben über die Behandlung, welche ihr in der Nacht auf der Wache zu theil wurde.

Verfassungen.

Zu der Mitgliederversammlung des 2. Wahlvereins, die am Dienstag bei Biedel, Hasenstraße, tagte, referierte Genosse Schippel über den Posadowsky'schen Antrag. Der Redner betonte eingangs, daß die Regierung gar keinen Anlaß habe, sich über die Veröffentlichung des geheimen Erlasses aufzuregen, da man ja nur an die Vorgänge während des Sozialistengesetzes zu denken brauche, um den offenen Kriegszustand zwischen Regierung und Sozialdemokratie genügend zu kennzeichnen. Auch jene, in den Vordergrund gebrachte Petition der Baugewerksinnung an den Grafen Posadowsky sei nur das Deckmäntelchen, hinter welchem sich die Wünsche ganz anderer Herren verborgen hätten. — Man wolle auf nichts Anderes hinaus, als den bekannten § 158 des Gewerbegesetzes verschärfen, nach welchem bisher wenigstens rechtlich Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf gleicher Stufe gehalten hätten. In der Hand der Arbeitergeschichte weist Referent hierauf nach, wie jedes Mal nach größeren Lohnbewegungen, so im Jahre 1872/73 und 1891 das Unternehmertum eine Verschärfung dieses Paragraphen gefordert habe, wie man nach Aufhebung des Sozialistengesetzes immer neue Paragraphen des Strafgesetzbuchs bei Streikfälligen herangezogen habe; so den „groben Unfug“, die „Verurteilung“, „den Versuch der Nötigung und der Erpressung“. — Man habe im Reichstage wiederholt auf Ausschreitungen während einzelner Lohnbewegungen hingewiesen. Dies sei aber in den meisten Fällen unrichtig, denn gerade die von dem Unternehmertum mit Waffen versehenen „Arbeitswilligen“ seien es gewesen, die Thätlichkeiten provoziert haben. Das Wesen der Organisation und der Gewerkschaften an und für sich wolle in jeder Weise dahin, den Arbeiter so zu erziehen, daß er seine Forderungen friedlich auskämpfe. Eine Verschärfung des § 158, oder eine event. Einführung einer „Aufreizung zum Kontraktbruch“ bedeute nichts Anderes, als den Ruin der Gewerkschaften. Die Regierung, die so oft eine starke genannt werde, zeige ihre gerühmte Stärke nur darin, daß sie stark und rücksichtslos nach unten, jedoch schwach und zurückweichend nach oben sei. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. — Im dritten Punkt der Tagesordnung: „Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes“ wurde ein Antrag angenommen, für eine eingegangene Poststelle eine neue bei Große, Postenstr. 1, zu gründen. — Mit einem Hinweis auf die Lehren des Schippel'schen Vortrages und einer Aufforderung zur Agitation für die Presse schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 1. Februar im Lokale Benfelfstr. 9 seine Mitglieder-Versammlung ab. Genosse Schöffler hielt einen Vortrag über die Stellungnahme der Parteipresse, speziell des „Vorwärts“, zur China-Politik. Abgesehen von der Besprechung des Wahlvertrages, die eine schärfere und präzisere hätte sein können, ist der Referent mit der Stellungnahme des „Vorwärts“ einverstanden. In der Diskussion, an welcher sich Brückmann, Schlipper und Kiesel beteiligten, wurden mehr die sozial- und wirtschaftspolitischen Folgen der China-Politik hervorgehoben. Unter Vereinsangelegenheiten taucht Referent, daß so wenig Agitationsmaterial vom Vorstande herangezogen werde. Es wird Abhilfe versprochen. Weiter teilt Kiesel mit, daß in den nächsten Post-Abenden die Wahlen zu dem am 19. März stattfindenden Stiftungsfest herangezogen werden. Hieraus schloß der Vorsitzende die ziemlich gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Eine große Protestversammlung der Frauen und Mädchen Berlins fand am Dienstag Abend in der Brauerei Friedrichshain statt. Der große Saal war dicht gefüllt von einem größtenteils weiblichen Publikum. Frau Klara Zetkin referierte über das Thema: „Flottenvorlage, Kolonialabenteuer und die Interessen der Frauen des Volkes“. Die Vortragende wies auf die Enttäuschung hin, die sich namentlich in konservativen Kreisen erhoben hat, weil sich die Frauen mit der Flottenvorlage beschäftigen wollen. Als jedoch die patriotischen Gymnasialisten in Ludwigsplatz für die Weltmachtpolitik gesammelt haben, hat ihnen der Herr Tyrph ein Dankschreiben zugesandt. Man stellt demnach die Schulungen über die arbeitenden Frauen, die für sich selbst und ihre Familie sorgen müssen. Die Interessen der Frauen werden in empfindlicher Weise von den Flottenplänen berührt. Durch die Vorlage werden dem Volke die drückendsten Lasten aufgelegt, gleichzeitig aber sollen die Rechte des Reichstages beschritten werden. In einer Zeit, wo fortwährend zum Umsturz von oben gehet wird, wäre es eine Gewissenlosigkeit vom Reichstag, wenn er die Forderung bewilligen und seine eigenen Rechte preisgeben wollte. Außer einer kleinen Gruppe von fortschrittlichen und demokratischen Abgeordneten ist es lediglich die Sozialdemokratie, die in schärfster Weise gegen den Wasser-patriotismus Einspruch erhebt. Man hat sich bemüht, der Arbeiterklasse den Schiffbau durch den Hinweis auf die vermehrte Arbeitsgelegenheit akzeptabel zu machen. Allerdings werden einige Arbeiterklassen Arbeit bekommen, aber doch auf Kosten der großen Mehrzahl des arbeitenden Volkes selbst. Was aus diesen Kreisen für die Marine gegeben wird, muß an anderen Ausgaben abgezogen werden. Unter dieser aufgezogenen Sparlampe leiden wiederum viele deutsche Industriezweige. An Kriegsschiffen ist schon heute kein

Mangel. Ja, wir haben deren soviel, daß zur Zeit der türkischen Kriegswirren ein Kriegsschiff lediglich zu einer höfischen Reife benutzt wurde. Um die deutsche Industrie zu heben, ist es nötig, die Arbeiterschaft durch ein System sozialer Reformen leistungsfähiger zu machen; und um den Handel zu heben, müßte vor allen Dingen mit der Politik der östlichen Brotvertheurer gebrochen werden. Statt dessen betreibt man, wahrscheinlich um den inneren Schwierigkeiten zu entgehen, eine Politik der Macht, des Waffenruhmes und der lordbergeschnittenen Stirnen. Diese Politik aber wird zerstückelt an der Wucht der Thatsachen, die keinen Absolutismus dulden und die Entwicklung der Gesellschaft in soziale Bahnen lenken werden. (Lebhaftes Bravo!)

Die Vortragende ging dann näher auf die speziellen Interessen der Frauen an den Flottenplänen und Weltmachtgeplänen ein. Neun Zehntel des deutschen Reichsbudgets werden aufgebracht durch indirekte Steuern, da liegt das Interesse der Frauen klar am Tage. Mit einem Hinweis auf die Stollste des Kaisers von 16 Mill. Mark fordert der überwachende Polizei-Offizier die Vorsicht auf, daß für zu sorgen, daß sich die Vortragende in den gebotenen Schranken halte. (Dazu hatte er kein Recht! D. Red.) Wenn es den hochpatriotischen Kapitalisten ernst ist mit ihrer Flottenbegeisterung, dann sollen sie auch selber für die Anbringung der Kosten sorgen. Hierbei, Ihr weisheitsgeliebten Ehrentugenden, die Ihr die patriotischen Feste verschönt, legt Eure echten oder falschen Köpfe auf dem Altar des Vaterlandes nieder! Die Herren Eisenwerk-Besitzer und Kanonenfabrikanten sollten auf den ihnen auf den Schiffbestellungen zu fließenden Unternehmerrgewinn zu Gunsten der Arbeiter verzichten. Herr Stumm würde deswegen noch nicht der städtischen Armenverwaltung anheimfallen und Herr Krupp nicht auf eine Arbeiter-Alters- und Invalidenrente angewiesen sein. (Stürmische Heiterkeit.) Mit solchen Forderungen würde man aber bei den Herren Prozentpatrioten kein Glück haben. Rednerin weist darauf hin, wie stark die Kulturaufgaben unter den Aufwendungen für Militär und Marine leiden. Die proletarische Frau hat aber ein großes Interesse an genügenden und guten Schulen für ihre Kinder, ferner daran, daß die vielen tausende von Kindern, die heute hungrig zur Schule wandern, aus öffentlichen Mitteln gesättigt werden. Die proletarischen Frauen verlangen für sich und ihre alten oder erwerbsunfähigen Angehörigen eine wirkliche und würdige Versicherung. Auch auf die Gefahr, die dem deutschen Proletariat aus der Einwanderung der bedürftigen chinesischen Kulis erwachsen kann, geht die Rednerin näher ein. Die Bestrebungen, den Arbeiter das Koalitionsrecht zu nehmen und die Wahrung ihrer Klasseninteressen zu erschweren, welche Bestrebungen man unter einem System der Weltmachtspolitik zu verfolgen sucht, berühren die proletarischen Frauen aufs tiefste. Mit der überrieselnden Weltmachtspolitik ist eine Schwächung und Hemmung der demokratischen Entwicklung des deutschen Volkes verbunden. Mögen Professoren, Pastoren, Doktoren und andere Thoren sich gefallen in der Uniform freiwilliger Seefahrer: Die deutsche Arbeiterklasse und insbesondere die proletarischen Frauen werden diese Parade niemals ansehen! Nicht endenwollender Beifall durchdrönte nach der machtvollen, geistreichsten Rede den Saal.

Als Diskussionsredner trat einzig Pfarrer Raumann auf. Er sagte, er wolle versuchen, der Rednerin entgegenzutreten, auch auf die Gefahr hin, zu den erwählten Pastoren oder anderen Thoren gerechnet zu werden. In welchem sei er mit der Rednerin einverstanden, so damit, daß es keine größere politische Frage gebe, die nicht ebenso die Interessen der Frauen wie die der Männer berühre. Es sei auch wahr, daß diejenigen, die für die in Rede stehenden Zwecke am meisten zahlen könnten, viel zu billig wegkommen. Die sozialdemokratische Partei werde hiergegen wie gegen vieles andere protestieren, aber die Proteste werden wirkungslos verhallen. Dies werde erst anders werden, wenn die Partei sich entschließe, mit beizutragen an der Arbeit und an der Verantwortung für die Politik des Vaterlandes. Jetzt benütze sie ihre Macht nur negativ. Die Konservativen und das Zentrum seien klüger; diese würden sich für ihre positive Mitarbeit politischen Einfluß und Vortheile erringen. Würde die Sozialdemokratie nicht, wie jetzt, prinzipiell verneinen, dann würde es vortheilhafter für die Arbeiter sein. Eine starke Marine sei nötig, um die deutsche Einfuhr und Ausfuhr zu schützen. Auch die Sozialdemokratie sei nicht der irrthümlichen Meinung, daß eine Marine und sonstige Kriegsmacht ganz unnützig sei. Wer aber dieser Meinung nicht sei, der müsse auch logischerweise dafür sorgen, daß die Maschinerie in Ordnung bleibe. Die Arbeiterbewegung dürfe sich jetzt nicht mehr mit der Politik des Protestirens begnügen. Sie müsse thätig mitwirken und dadurch für die Arbeiterschaft Vortheile erringen.

Genossin Zetkin erwidert, Raumann habe eine Politik des gemeinen Schachers empfohlen. Die Regierung, die nichts weiter als die Interessenvertreterin der herrschenden Klassen sei und unter den gegenwärtigen Verhältnissen sein müsse, habe gar nicht das Bedürfnis mit, sondern sie sei gezwungen, gegen die Arbeiterklasse zu regieren. Dies habe sich sogar in den vielgerühmten Fütterwochen des sozialen Königtums gezeigt. Der Arbeiterthau-Gesellschaft von 1891 sei sogar hinter den Forderungen des Zentrums zurückgeblieben, dagegen habe er in schärfster Form die Verletzung des Koalitionsrechts der Arbeiter

enthalten. Die Sozialdemokratie habe sich redlich bemüht, postivo zu arbeiten nach Seiten der Verstärkung des Arbeiterschutzes hin und nach Seiten der Erweiterung der politischen Rechte des Volkes. Wir dürfen uns nicht auf Versprechungen verlassen, sondern nur auf uns selbst, auf die eigene, gegen die Regierung gerichtete Macht. Das bietet eine bessere Bürgschaft als Versprechungen und Zusicherungen. Macht aber kann nicht durch Schacher gewonnen werden. Mögen die Wollkackuschelmeier, die ja die besten Absichten haben mögen, der Regierung ihre Gesetze apportieren, in der Hoffnung, daß sich die Regierung durch Gegengeschenke erkenntlich erweisen wird: Wir wissen, daß im politischen Leben nur ein zu den erstrebten Zielen führt: die Macht! Und die Arbeiterklasse kann Macht gewinnen nur im Kampf gegen die heutige Gesellschaftsordnung. Brauender Beifall lobte der Rednerin.

Mit der Annahme der folgenden Resolution schloß die imposante Versammlung:

„Die heutige am 1. Februar in der Brauerei Friedrichshain stattfindende Versammlung der Frauen und Mädchen Berlins ist mit den Ausführungen der Vortragenden einverstanden, erklärt sich entschieden gegen die Flottenvorlage sowie alle Kolonialabenteuer, und verspricht, speziell auch im Interesse der Frauen und Mädchen, dafür zu sorgen, daß bei den nächsten Reichstagswahlen der Wille des Volkes zum energischen Ausdruck kommt.“

Der hiesige Zweigverein des Zentralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen beschäftigte sich in der Monats-Versammlung vom Januar mit den Aufgaben des nächsten Delegirten-Tages. Krieg verbreitete sich über den weiteren Ausbau der Arbeitslosen-Unterstützung und hofft, daß der diesjährige Delegirten-Tage, dem bezügliche Anträge vorliegen werden, zu einem günstigen Resultat gelangt.

Zentralverband der Konditoren. Gute Abend 8½ Uhr bei Schiller, Rosenhalestr. 87: Mitglieder-Versammlung. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Wäre herzlich willkommen.

Zentralverein der Bureau-Ingenieure Deutschlands (Mitgliedschaft Berlin). Gute, abends 8½ Uhr, bei Schiller, Rosenhalestr. 87: Vortrag. Wäre willkommen.

Verein für Körper- und Naturschulung. Freitag, abends 8½ Uhr, bei Reindt, Weidnerstr. 11: Projektions-Vortrag mit farbigen Lichtbildern über: Deber, Nieren und Blasenleiden. Referent: Herr Grundmann.

Verein der Gärtler und Gärtnereien Berlins und der Umgegend. Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am Freitag, den 4. Februar, Kaiserstraße 148 bei Poppe statt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Nachnamen oder eine Post-) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Spaltenrubrik findet bis zum 5. März am Montag, Freitag und Sonnabend abends von 7½ bis 8½ Uhr statt.

Wesker. Die Sache ist zu unklar und zur Veröffentlichung nicht geeignet.

G. A. Spandan. Für Ohrenkrankte 9-10 vorm., für Augenkrankte 11-12 vorm., für Chirurgie 12 Uhr.

Zw. Die Ergebnisse der Einsicht Ihres Berufes sind im Leiter der Nummer vom 2. Februar mit behandelt; Ihre Zufriedenheit erliegt sich dadurch.

Flugblatt. Die Sache Jodschwamm — Flugblattverbreitung in Vorder-gefahren — wurde am Donnerstag, den 6. Januar, vor dem Kammergericht verhandelt.

W. M. Sie finden im Adressbuch eine Anzahl derzeitiger Geschäfte verzeichnet.

K. A. Es ist heute nicht mehr zu ermitteln, ob der Bericht hier eingegangen. Was die Verichtigung anlangt, so steht eben Auslage gegen Auslage.

Junfermann. Die Majorität betrug 104 Stimmen. Gegner: Katholische und evangelische Arbeitervereine.

H. G., Rathenowstr. 73. Geben Sie schriftliche Mittheilung. Wollen Sie aber persönlich erscheinen, dann zwischen 5 bis 7 Uhr nachmittags.

Nr. 25. Adressstr. 25.

Witterungsübersicht vom 2. Februar 1898, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (0° = 32° F.).
Swinemünde	748	WSWS	5	wolfig	10
Hamburg	750	WSWS	4	Negen	8
Berlin	752	WS	4	Negen	10
Wiesbaden	760	WS	2	wolfig	10
München	764	WS	7	bedeckt	10
Wien	761	WS	5	halb bedeckt	9
Papayanda	729	NO	4	bedeckt	-5
Petersburg	783	WS	2	bedeckt	1
Sort	763	WSWS	5	halb bedeckt	4
Aberdeen	755	WSWS	6	wolfig	6
Paris	765	WS	4	bedeckt	9

Wetter-Prognose für Mittwoch, 3. Februar 1898. Etwas Nebel, zeitweise anfliegend, vorwiegend trübe mit Nieder-schlägen und starken westlichen Winden.

Aussergewöhnliches Angebot

nur für heute Donnerstag den 3. Februar 1898.

Bettsatin

vorzügliche Qualität

Breite ca. 84 cm ca. 130 cm (Deckbettbreite)

Meter 42 68 Pf.

Cretonne

für Bettlaken, schwere Qualität

Breite ca. 165 cm, Meter 75 Pf.

Elsass. Renforcé

vorzügliche Qualität

Breite ca. 84 cm ca. 130 cm (Deckbettbreite)

Meter 38 65 Pf.

Warenhaus A. W. Wertheim

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 3. Februar. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Johannes. Anf. 7 1/2 Uhr. Freitag. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. In Behandlung. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Sein Trid. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Die Schildkröte. Anfang 7 1/2 Uhr. Ostend. Die Waife von Lowood. Anfang 7 1/2 Uhr. Goethe. Berliner Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Rith - Pyris. Anfang 8 Uhr. Unter den Linden. Die Göttin der Barmutz. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Gefährten. Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr. Luisen. Trillo. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmstädtsches. Die kleinen Bogabunden. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Im Dienst. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Madame Potiphar. Anfang 8 Uhr. Urania. Tugendfalle 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr. - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr. - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschläge.

Urania

Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr. - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr. - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.

Im Theatersaal: Die 8 lustigen Wienerinnen. Zum Schluss: Flotte Bursche. Kom. Operette von Suppé.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165. Indisch-hindustanische Gaukler - und - Schlangen-Beschwörer. Das BÄRENWEIB.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant 97. Dredener-Strasse 97. Jeden Abend unter großem Beifall: Circusklub. Operetten - Burleske von G. Fischer-Banungart. Neu! Vorher: Real Du ahnst es nicht. Schwanz von Reichard. Im vorderen Saale: Tyroler Sänger Alois Ebner. Freitag, den 4. Februar: Benefiz Otto Wendt.

Reichshallen-Theater.

30 Kunstkräfte. Flora Fleurette. The Menados. Prof. Ordep. Ein ruhiges Zimmer zu vermieten. Pawell's Pantomime. Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 50 Pf. Donnerstag Parterre-Saal: im Gr. Maskenball. Ein lustiger Abend oder: Der Gang nach dem Eisenhammer. Anfang 9 Uhr. Entrée 1,50 M. Billets an der Kasse und bei Loeser & Wolff.

Quarg's

Vaudeville-Theater Grand-Hotel Alexanderplatz. Nur noch kurze Zeit! Das Armband. Das Wiodell. In Vorbereitung: Der Beheme. Bon Malvine Müller. Wilde Jagd. Poffe von Leonhardy Haskel. Avis! Sonnabend, 5. Februar, bleibt das Vaudeville-Theater wegen Privatfestlichkeit geschlossen. Dafür Gastspiel im Reichshallen-Theater. Das Armband.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck. Neue Debuts. La Loie Fuller. Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr. Circus Busch (Bahnhof Börse). Donnerstag, den 3. Februar 1898, abends 7 1/2 Uhr. Auftreten folgender 4 neuer Kaviäten: Debut der großartigen Künstlerin Geschw. Lorech mit ihren italienischen Spielen zu Pferde. Jimm und Jamma mit ihren noch nie dagewesenen Evolutionen. Die vorzüglichste, mittel. Klown's 'Troupe Perez', bestehend aus 5 Personen. Elefant und Pferd, dress. u. geritten v. Herrn Tercy. Außerdem Auftreten aller neu engagierten Heitfängerinnen und Künstler Die vorzüglichsten Freiheitsbrecherinnen des Dir. Busch. 100 Klowns, männliche und weibliche, darunter 30 der besten Barterrefränger. Zaragoza. Orig. Wandge-Schauspiel des Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Die weiblichen Pantomimen. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Akt. Morgen 7 1/2 Uhr: Grosser humoristischer Abend.

Ein neues Programm

Ihres Variété-Theaters und damit eine hochinteressante neue Schenwürdigkeit bieten von heute ab Anton und Donat Herrnfeld mit den Originalitäten: Görgenyl Eitelka, der „Badeposter Kobold“, S. Haber, der grösste Komponisten-Darsteller; Adelo Gauer, eine Meisterin der Drossur; und Max und Hedi Franke, die Meister der modernsten Parodie. - Dazu die allabendlich mit jubelndem Beifall ausgezeichneten Meisterleistungen der Komik Donat und Anton Herrnfeld's in der „Ersten Ehestands-Gewitter-Komödie“ Vorher: „In Agranti“ Anfang 1/8 Uhr.

Freie Volksbühne.

Mittwoch, den 9. Februar, abends 8 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstrasse 29: Zweiter Vortrags-Abend des Herrn Dr. Wilhelm Meyer (früher an der „Urania“) über: Die Reise nach Spitzbergen mit 160 Projektionsbildern. Entree 20 Pf. (Siehe heutige Lokalnotiz.) Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr: I. Abtheilung im Friedrich Wilhelmstädtschen Theater: Die lustigen Weiber von Windsor, Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare; und gleichzeitig IV. Abtheilung im Lessing-Theater: Bartel Turaser. Mitglieder zur V. Abtheilung werden bei baldiger Meldung noch in allen Zahlstellen aufgenommen. 228/8 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Berliner Kranken-Untersützungs- u. Begräbniss-Verein für Frauen und Mädchen.

Sonntag, den 6. Februar, 6 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreas-Strasse 21: VII. Stiftungsfest bestehend in Vokal- und Instrumental-Konzert unter gütiger Mitwirkung des Berliner Damenchores (Dirigent Herr O. Suchsdorf) und anderer geschätzter Kräfte. Nach dem Konzert: Tanz-Kränzchen. Billets sind in folgenden Zahlstellen des Vereins zu haben: N. Fr. Waschan, Eichendorffstr. 2. S. Fr. Mehrwald, Alte Jakobstr. 54-55. Fr. Schlichting, Prinz Eugenstr. 2. SW. Fr. Michaelis, Alexandrinenstr. 117a. Fr. Eimer, Danzigerstr. 67. Schönberg. NO. Fr. Berger, Wassmannstr. 36. Frau Gogus, Bahnstrasse 43. O. Fr. Sachse, Koppenstr. 57. Charlottenburg. SO. Fr. Fehlaue, Dredenerstr. 13. Frau Radtke, Osnabrückerstrasse 2. In diesen Zahlstellen werden auch Beitritts-Erklärungen entgegen genommen. 60/1

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Theater-Vorstellung. Ihre Familie. Volkstümlich mit Gesang in 3 Akten von Stinde und Engels. Musik von Michaelis. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen. Konzert-Sanssouei Kottbuser Strasse Nr. 4a. Donnerstag, den 3. Februar: Der Stabstrompeter. Poffe mit Gesang v. Mannstädt. Musik v. Steffens. Neu! Max Grabow, Humorist. Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr. Entree 30 Pf. Pässe-partouts gelten. Wein großer Saal ist am Sonnabend, den 20. Februar zu vergeben.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22. Das neue riesengroße Februar-Programm: Jackson, Akrobatentruppe, Barna, der Nitterkönig, Thomas, d. Weisheit-Jongleur, Romy Boriska, Dina u. Walde, Ting u. Tang, Frid Frid, Cabaret. Lebende Photographien. Um 8 1/2 Uhr: Novität: Richard Winkler u. Wilhelm Fröbel in der unvergleichlichen Operette Das radelnde Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1,50 M.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24. Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Die vierte Dimension. Neu! Der liebe Onkel. Neu! Sensationell! Molly! Sensationell! Die beste Excentric-Charionnette Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Preise der Plätze wie gewöhnlich. Avis! Donnerstag, den 3. Februar: Abschieds-Benefiz für Frau. Marg. Böttcher.

Neues Olympia-Riesen-Theater.

(Circus Renz.) Karlstrasse. Bolossy Kiralfy's Konstantinopel. Grösste Sensation Berlins. Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst. Nachm. 1 Kind frei. Concerthaus Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Anf.: Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr. Der Kriofthau-Mann Zum 286. Male: Lene. Bimmel's Spezialitäten. Alcazar-Theater. Dredenerstrasse 52/53 (City-Passage) Annenstrasse 42/43. Direktion: Richard Winkler. Bornehmster Familien-Kaufsal. Neu! Die lustigen Heidelberger. Ausstattungs-Operette in einem Akt von Wolf Demion. Musik von Franz von Suppé. Vorher: Unser Johann. Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen von Beve. Auftreten sämtlicher Kauf-Spezialitäten. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf. Vorzugsplätzen haben Giltigkeit.

Reichel's Cognac-Essenz

Man nehme 1 Originalflasche Reichel's Cognac-Essenz für 75 Pf., 1 Liter reinen Weingeist (Spiritus vini) für 1,40 und 1/2 Liter Wasser. Die Mischung ergibt ein reines, gesundes, wohlbekommliches Getränk von vollem, herrlichem Bouquet und höchstem Geschmack, welches echtem Cognac gleicht. Es giebt Nachahmungen, welche Cognac in nicht gleichen als in der Farbe und nur Wohlfeilheit erregen. Sicher und taufendfach erprobt ist nur die nie übertrifbare, anerkannt hochfeine Reichel's Cognac-Essenz, welche echt einzig und allein nur direkt erhältlich ist bei Otto Reichel, Eisenbahnstr. 1. Fernspr. N. 4, 3190. Verkaufsstellen nirgend. Zusendung frei Haus. Die Selbstbereitung von Rum, Arac, Nordhäuser und sämtlichen Liqueuren mit den gefeierten geschätzten Combinirten Original-Reichel-Essenzen. Prospekte mit Rezepten gratis und franco. Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein Weiss-, Baischbier- und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf., sowie Abendlich & la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Kavier für 20-50 Personen. H. Stramm, Hefl. Ritterstr. 123.

Möbel

vertiegt gewesene und neue, Kausend billig, Theilzahlung gefattet. Beamten ohne Anzahlung. 40658* Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15. COHN'S Festsäle, Beuthstrasse 19-22. Im April und Mai sind noch einige Sonnabende und Sonntage unter sehr koulanten Bedingungen zu vergeben; ausserdem empfehle meine renovirten Festsäle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Donnerstag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstrasse 27 c: Branthen-Versammlung der Küchenmöbel-Tischler. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Stasche über: „Zweck und Nutzen der Organisation.“ 2. Verhandlungsgegenstände. 77/5 Es ist Pflicht eines jeden Küchenmöbel-Tischlers in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Öffentliche Versammlung der Korbmacher

Donnerstag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, Oranien-Strasse 180. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Delegirten zur Magdeburger Konferenz. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 98/5 Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Einberufer.

Achtung! Reinickendorf. Achtung!

Sonntag, den 6. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr: Große Volks-Versammlung im Götthel'schen Lokale. Tages-Ordnung: 1. Bericht der sozialdemokratischen Gemeinde-Berträter. 2. Diskussion. 3. Auffstellung der Kandidaten zur nächsten Gemeindevwahl. 4. Verschiedenes. 222/3 Um zahlreiches Besuch bittet Das Wahlkomitee.

Leber-, Nieren- und Blasenleidernde

Morgen Freitag, 4. Februar, abends 11 Uhr, sonntags 11 Uhr, Naturheilkundiger Grundmann bei Feud, Wein-Strasse Nr. 11. Der Vortrag wird an Schilbilden erlöst und ist für genannte Leidende sehr wichtig. Gäste, Frauen u. Männer, willkommen. Eintritt 20 Pf. Verein für Körper- und Naturheilkunde. Alexanderstrasse 8. Sprechzeit 11-1, 6-7, Sonntag 11-12.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des Tischler-Vereins zur Nachricht, daß unser Mitglied Carl Quanter am Montag, den 31. Januar im Alter von 54 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. Februar, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Friedhofs in Wilhelmshagen statt. 198/5 Um rege Betheiligung bittet Der Vorstand.

Bekanntmachung

Vierte Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse des Korbmacher-Gewerbes zu Berlin. § 2, Absatz 1, Ziffer 3 lautet hinfort: „Derjenige Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker, deren Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 60% M. für den Arbeitstag übersteigt.“ Sorsiehende Abänderung tritt mit dem Tage der Schließung der Orts-Krankenkasse für Handlungsbefähigten und -Befähigte in Kraft. 96/4 Berlin, den 13. Dezember 1897. Der stellvertretende Vorsitzende. Franz Padojats.

Ehrenerkllärung.

Die dem Frau. Bertha Fischer zu gefügte Beerdigung nehme ich zurück. Marie Seemann, Christinenstr. 38. Betten, Hemden, Uhren, Pfeifen, Winter- u. Balletts, Anzüge, Spottbillig Pfandleihe Reanderstr. 6.

Brauerei Oswald Berliner.

Der Ausstoss meines diesjährigen Bock-Bieres beginnt am Sonnabend, den 5. Februar, und nimmt der Versand in Gebinden und Flaschen an diesem Tage seinen Anfang. Gefällige Bestellungen bitte direkt an die Brauerei zu richten. Hochachtend Oswald Berliner N. Berlin, Brunnenstr. 141-143. Amt III No. 661 und 667.

Kistenmacher!

Sonnabend, den 5. Februar, im Lokale von Nieft, Weberstrasse 17: Wiener Maskenball. Krangicht vom 94/3 Interessentenverein der Kistenmacher. Um 12 Uhr: Demasdrung u. Kaffeepause. Anfang 8 Uhr. Billet 50 Pf. Billets sind bei allen Vorstands-Mitgliedern zu haben.

Die Möbel-Fabrik

Grosser Möbelverkauf. Neue Schönhauserstr. 2 (früher Rosenhalestr. 15) liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Lager gebrauchter und verlegten gewesener Möbel. Eigene Tapetier- u. Dekorations-Werkstatt. Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb. Blumen 1 M. Bahnziehen frei. John's ärztliche Klinik, Rantowstr. 43, I. Hofe Oranienstrasse. Spt. 8-10 und 1-3 Uhr.

Künstliche Zähne.

H. Steffens, Rosenhalestr. 61, 2 Tr. *) Theilzahlung pr. Woche 1 M. Künstliche Zähne. elegant und billig, verleiht Ferdinand Henke, Drenowstr. 1. Zwei Zuden, Kammer, Küche, Korridor, Gasheizung, sofort 170h) Zährnisch, Neue Grünstr. 29.

Wübel Theilzahlung.

J. Kellermann, Jakobstr. 26. Oberhenden-Näherinnen finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Otto Seebach & Co., Kolonnenstr. 15. Farbmalger verlangt G. Beer Rindorf, Prinz Handwerkerstr. 73. 170h